

# Tagungsdokumentation: Zukunft des Kommunalen Energiemanagements

20. November 2009  
Eberswalde

---

Diese Dokumentation wurde mit Lottomitteln des Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft des Landes Brandenburg gefördert. Sie beinhaltet schriftliche Beiträge sowie Vortragsmitschnitte der Tagung „Zukunft des Kommunalen Energiemanagements“ am 20. November 2009 im Paul-Wunderlich-Haus in Eberswalde.

Tagungsdokumentation: Zukunft des  
Kommunalen Energiemanagements

Dezember 2009

Herausgeber: Prof. Dr. Pierre Ibisch  
Fachbereich für Wald und Umwelt  
der Fachhochschule Eberswalde  
Kontakt: Fachhochschule Eberswalde,  
Alfred-Möller-Str. 1, 16225 Eberswalde,  
[www.fn-eberswalde.de](http://www.fn-eberswalde.de)

Redaktion: Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg  
Kontakt: Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg,  
Dortustr. 52, 14467 Potsdam,  
[www.boell-brandenburg.de](http://www.boell-brandenburg.de)

Fotos : Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg

## Inhalt

Einleitung .....	3
<i>Pierre Ibisch</i>	
Tagungseröffnung .....	4
<i>Bodo Ihrke</i>	
Grußwort .....	8
<i>Peter Busch</i>	
Grußwort .....	11
<i>Friedhelm Boginski</i>	
Grußwort .....	12
<i>Ulrike Janssen</i>	
Klimaschutz in Kommunen – Rückblicke und Ausblicke .....	14
<i>Michael Zschiesche</i>	
Die Partizipative Kommune – eine wichtige Strategie für kommunalen Klimaschutz.....	25
<i>Nadine Helwig</i>	
Impulse für kommunale Handlungsoptionen – kommunale Energiewirtschaft.....	31
<i>Klaus Kist</i>	
Kommunale Handlungsoptionen – Gebäudemanagement.....	36
<i>Karl-Heinz Abmann</i>	
Praxisbeispiele Brandenburg – Die Null-Emissionsstrategie des Landkreises Barnim.....	41
<i>Jürgen Othmer</i>	
Praxisbeispiele Brandenburg – Das regionale Energiekonzept Spreewalddreieck .....	47
Diskussion: Kommunaler Klimaschutz in Brandenburg.....	53
<i>Tina Bär</i>	
Das Projekt BEAM 21 – Kompetenzen für kommunalen Klimaschutz.....	55
TeilnehmerInnen-Liste.....	58
Programm.....	60

---

## Einleitung

Klimawandel ist in Brandenburg genauso Realität wie knappe Gemeindegassen. Kommunen gehören zu den wichtigsten Akteuren, wenn es darum geht, Treibhausgase zu reduzieren und dem intelligenten Umgang mit Energie kommt dabei eine entscheidende Rolle zu. Ob als Konsumenten oder Dienstleister, Energieversorger- oder Energieproduzenten, Flächen- oder Bauplaner, Stadt- oder Regionalentwickler: Es bieten sich für Kommunen vielfältige Möglichkeiten für Klimaschutz und intelligentes Energiemanagement, welche gleichzeitig auch stabilisierend auf kommunale Haushalte wirken können.

Vor diesem Hintergrund bot die Tagung „Zukunft des kommunalen Energiemanagements“ am 20. November 2009 in Eberswalde, zu welcher 70 TeilnehmerInnen aus Kommunalverwaltungen und Gemeinderäten in ganz Brandenburg zusammen kamen, Raum für Erfahrungsaustausch und neue Denkanstöße.

Diese Dokumentation möchte die Tagungsimpulse weiter verbreiten, soll Anregungen für die kommunale Praxis geben, Lust auf Experimente machen und Kommunen ermuntern, aktiv Klimaschutz und Energiemanagement zu betreiben.

## Tagungseröffnung

Prof. Dr. Pierre Ibisch

(Mitschnitt)

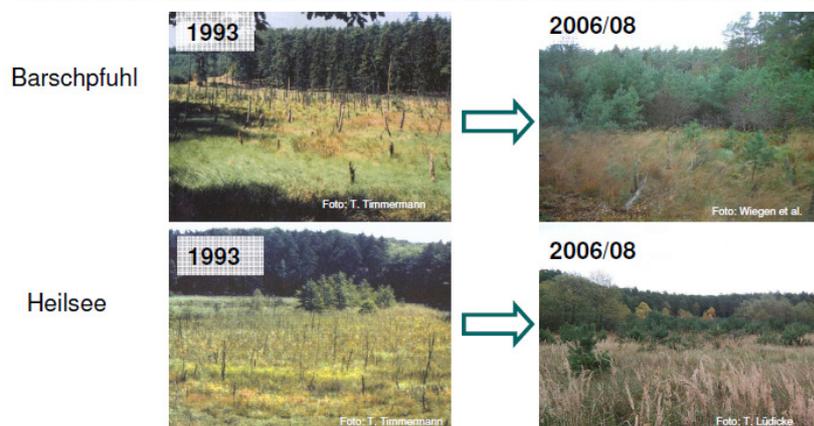
Sehr geehrte Mitglieder des Landtags, sehr geehrter Landrat Bodo Ihrke, sehr geehrter Herr Bürgermeister Friedhelm Boginski, sehr geehrte Bürgermeister und Vertreter unzähliger Kommunen Brandenburgs, sehr geehrter Herr Busch, Vertreter des Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft,

im Namen der Fachhochschule Eberswalde und auch der Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg möchte ich sie herzlich zu unserer heutigen Tagung „Zukunft des kommunalen Energiemanagement“ begrüßen. Ich sage Ihnen vorweg, ich bin Professor für Naturschutz und nicht für Energiemanagement. Insofern will ich nicht verhehlen, wie ich zu dieser Veranstaltung gekommen bin und kann auch nicht umhin, Ihnen etwas von der Motivation zu berichten, die wir in der Fachhochschule Eberswalde verfolgen. Es geht um den Klimawandel als eine der größten Herausforderungen unserer Zeit für die gesamte globale Gesellschaft und für die gesamte Erde. Wie haben einen Klimawandel mit einer sich beschleunigenden Erwärmung. Klimawandel ist etwas, was unsere Lebensgrundlagen betrifft und die Funktionalität von Ökosystemen, die Lebensfähigkeit von Arten. Es geht um Naturressourcen die gefährdet sind. Klimawandel ist nicht nur etwas Globales, sondern Klimawandel findet auch hier vor der Haustür statt. Hier in Brandenburg wissen wir das vielleicht noch etwas besser als in anderen Regionen Deutschlands.

Dazu schauen Sie hier auf Befunde meiner Kollegin Prof. Vera Luthardt: Sie sehen Moore aus der Umgebung, aufgenommen 1993 und dann zum Vergleich 2006/2008. Und ohne zu sehr ins Detail zu gehen, sehen Sie dramatische Veränderung, die von Gemeinden vielleicht nicht so wahrgenommen werden und die unter anderem mit dem rapide sinkenden Grundwasserspiegel zusammenhängen.

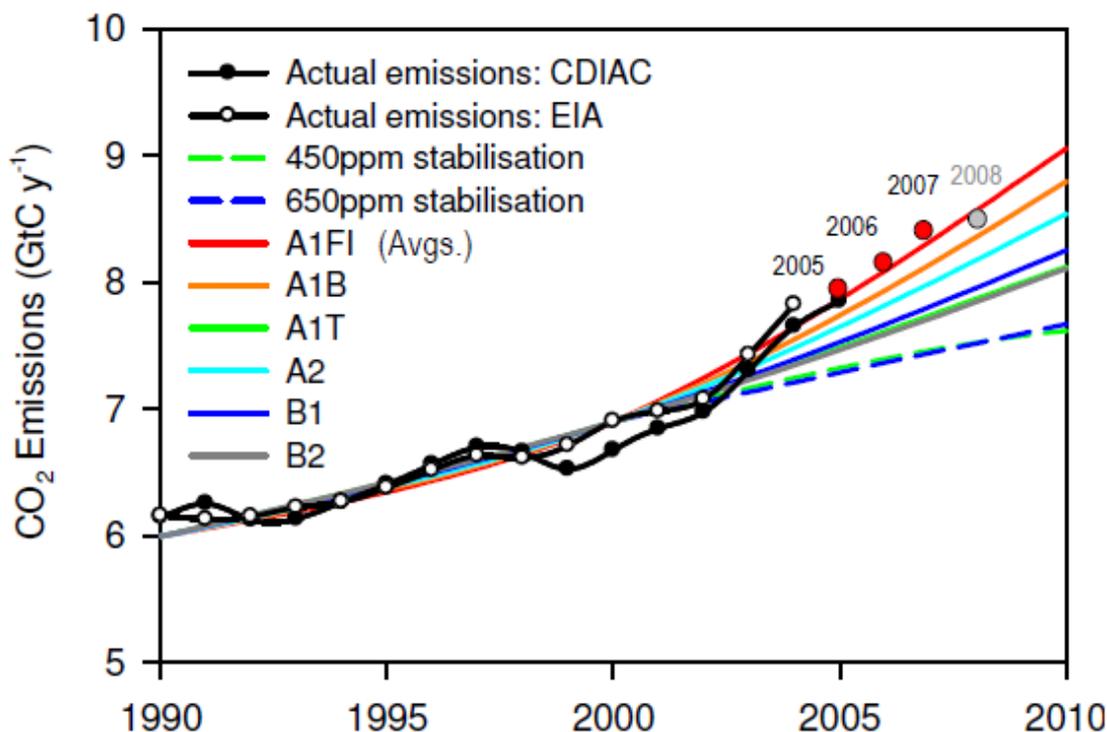
### Grundwasserabfall und zunehmende Kontinentalisierung

→ drastische Austrocknungserscheinungen von sechs untersuchten, vor 15 Jahren noch naturnahen Grundmoränenmooren im BR SC (Abfall der Moorwasserstände zwischen 0,95 m und 1,8 m) innerhalb der letzten 16 Jahre.



*Moore in Brandenburg  
Dia: Prof. Dr. V. Luthardt, FH Eberswalde*

Das Problem ist ein globales und hat mit der Emission von Treibhausgasen zu tun. Wenn sie sich die Verläufe der Emissionskurven ansehen, so wie sie sich das IPCC vor ein paar Jahren gedacht hat, sehen sie verschiedene Szenarien. Grundlage sind Annahmen darüber, wie sich verschiedene Faktoren, wie die industrielle Entwicklung und das Bevölkerungswachstum entwickeln.



*Emissionsszenarien IPCC*

*Grafik: Raupach et al 2007, PNAS; Global Carbon Project 2009*

*<http://www.globalcarbonproject.org/products/presentations.htm#Terrestrial>*

Und wenn wir uns die realen Emissionen der letzten Jahre ansehen, ist die schlechte Nachricht: Die Realität übertrifft die schlimmsten Szenarien. Wir haben also ein enormes Problem, das 2008/2009 zwar etwas durch die Wirtschaftskrise gedämpft sein wird. Aber danach werden die Emissionen wieder schneller steigen.

Klimaschutz ist etwas, das nur global gelöst werden kann. Mit einem ähnlichen Titel war kürzlich auch ein Kommentar in einer Brandenburger Zeitung überschrieben. Und natürlich müssen wir heute daran denken, dass wir wenige Tage vor der bedeutenden Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention in Kopenhagen stehen. Eine Konferenz, die im Vorfeld schon schlecht geredet wird. Und die Erwartungen werden gedämpft, dass es zeitnah zu einem relevanten globalen Abkommen kommen kann. Dann also der Sprung auf die kommunale Ebene. Wenn es global nicht zu machen ist, müssen wir es kommunal machen. Aber ist das überhaupt relevant?

Natürlich ist Skepsis angebracht. Selbst wenn der Landkreis Barnim oder auch das Land Brandenburg sofort sämtliche Emissionen einsparen würden, wäre das auf den globalen Kurven nicht zu sehen. Und das ist ja auch die übliche Entschuldigung für Nichtstun. Dennoch ist auch klar, dass der globale Wandel die Summe vieler lokaler Veränderungen ist, und auch die globale Lösung muss die Summe vieler lokaler Veränderungen sein.

Insofern freue ich mich über das große Interesse am Thema des kommunalen Energiemanagements. Das kommunale Energiemanagement ist ein wichtiger Baustein im kommunalen Klimaschutz.

Meine Motivation an der Veranstaltung habe ich erläutert. Wenn sie eine andere Motivation haben, vielleicht auch ökonomisch bedingt, dann kann uns das nur recht sein. Wir müssen das Problem auf allen erdenklichen Wegen und mit allen erdenklichen Mitteln angehen. Es hieß immer: global denken, lokal handeln. Das geht so nicht mehr. Inzwischen müssen wir global und lokal denken und handeln.

Und diesem Leitsatz haben wir uns auch als Fachhochschule verschrieben. Wir werden uns auch in naher Zukunft noch intensiver und offensiver zum Thema der nachhaltigen Entwicklung bekennen. Wir beschäftigen uns an der Fachhochschule nicht nur mit akademischer Lehre und Forschung mit Praxisbezug, sondern wir spüren eine große Verantwortung, uns einzumischen und einzubringen und auf allen Ebenen zur Lösung gesellschaftlicher Probleme beizutragen.

Insofern gilt mein Dank, mein ganz besondere Dank den Förderern dieser Veranstaltung, dem Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft, für die Bereitstellung von Lottomitteln. Mein dank gilt der Mitveranstalterin und Impulsgeberin, der Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg. Der Dank gilt selbstverständlich den ReferentInnen und auch Ihnen allen fürs erscheinen.

*Prof. Dr. Pierre Ibisch ist Professor für Naturschutz und Forschungsprofessor für "Biodiversität und Naturressourcenmanagement im globalen Wandel" am Fachbereich für Wald und Umwelt der Fachhochschule Eberswalde. [pibisch@fh-eberswalde.de](mailto:pibisch@fh-eberswalde.de), [www.fh-eberswalde.de](http://www.fh-eberswalde.de).*

## Grußwort

*Bodo Ihrke*

(Mitschnitt)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Frage nach der Zukunft des kommunalen Energiemanagements ist eine sehr wichtige. Wenn wir herausstellen, was wir an dieser Stelle selbst tun können als Kommunen und Landkreise, wird man feststellen, dass man sehr viel tun kann und dass es sich lohnt über dieses Thema nachzudenken. Und man sollte die besten Ideen, die bei den Kommunen und Landkreisen ja schon laufen, zusammen bringen. Ich denke der Tagungsort ist gut gewählt. Eberswalde ist ja der Standort von forstlicher Forschung und Lehre, an dem der Begriff „Nachhaltigkeit“ geboren wurde. Nachhaltigkeit, diesen Begriff gibt es schon über hundert Jahre, aber viele wissen das gar nicht. Er kommt aus der Forstwirtschaft und meint, dass man Waldwirtschaft generationenübergreifend betreiben sollte. Und wenn man sich auf der Welt mal anschaut, wie Waldwirtschaft betrieben wird, wäre man sehr erstaunt. Man würde mit Erschrecken feststellen, wie wenig sich dieses Prinzip selbst in diesem Bereich durchgesetzt hat.

Heute wird dieser Begriff ja in alle Lebensbereiche transportiert und ich glaube, wenn man den Begriff des nachhaltigen Wirtschaftens in alle seine Überlegungen mit einfließen lässt, wird man feststellen, dass er überall zutrifft. Selbst soziale Fragen müssen sich an der Nachhaltigkeit messen und dürfen nicht am Strohfeuer verbrennen. Finanzwirtschaft muss nachhaltig geführt werden, um den Generationenkonflikt nicht auf dem Rücken unserer Kinder auszutragen. Und wenn man soziale, ökologische und wirtschaftliche Entscheidungen an der Nachhaltigkeit misst, ist das ein guter Maßstab, mit dem man durch die Zeit fahren kann.

Also Eberswalde ist der richtige Standort. Es ist auch das richtige Gebäude. Wir sind stolz darauf, dass wir es im vorigen Jahr geschafft haben, als das energieeffizienteste und nachhaltig gebaute Gebäude zertifiziert zu werden. In Deutschland gibt es eine Zertifizierung für nachhaltiges Bauen, fünfzehn Verwaltungsgebäude haben diese Zertifizierung bestanden und wir haben die beste Durchschnittsnote bekommen. So kann man ganz praktisch sehen, was Nachhaltigkeit konkret bedeutet.

Ich bedanke mich ganz besonders bei unserer Fachhochschule und bei der Böll-Stiftung, dass Sie dieses Thema hier aufrufen. Denn es ist tatsächlich davon geprägt, dass wir Menschen einen fast schon genetischen Fehler haben: nämlich Probleme zu erkennen, sie aber, wenn sie zu groß werden, nicht mehr in ernsthafte Politik umsetzen zu können. Denn natürlich kennt jeder die Daten. Jeder weiß, dass es schon längst bewiesen ist, dass wir unserer Umwelt mehr Ressourcen entnehmen, als sie regenerieren kann. Das ist der typische Fall, dass wir uns eben nicht nachhaltig auf dieser Welt bewegen. Und trotzdem bekommen wir es nicht besonders gut hin, dagegen geeignete Strategien zu entwickeln. Und es kommt, was immer kommt – und das ist in europäischen Debatten so, wie auch in weltweiten Debatten, bis in die kleinste Gemeindevertretung: „Hannemann geh du voran“. Wir haben ein Problem erkannt, aber du musst es machen. Das beginnt bei dem Papier, das wir in den Wald werfen und sagen, „na und, dahinten liegt doch ein großer Müllberg“ und endet bei jeder dieser Entscheidungen, die auf dieser Ebene anstehen. Und deswegen ist es besonders wichtig, sich darüber Gedanken zu machen, welche Verantwortung wir als

Kommunen an dieser Stelle tragen. Deswegen finde ich besonders auch den Titel „Zukunft des kommunalen Energiemanagements“ gut. Es ist ja ein Titel, bei dem man sich als erstes fragt, was wir damit zu tun haben. Energiemanagement? Energieversorgung kann man sich noch vorstellen, die Debatte über Daseinsvorsorge wird ja immer wieder neu geführt. Wir hatten in den 90er Jahren den Trend alles zu privatisieren. Heute sieht man das etwas anders, weil ja nicht nur die Preise und der Wettbewerb wichtig sind, sondern auch die Fragen, wie man die strategische Entwicklung mit anstoßen kann. Aber Energiemanagement? Wenn man sich ernsthaft mit dieser Frage beschäftigt, wird man sehen, wie viel in dieser Frage an Entscheidungen steckt, die auf kommunaler Ebene zu treffen sind. In Deutschland werden 30% aller Investitionen von Kommunen getätigt. Wenn wir uns also allein als Kommunen auf die Fahnen schreiben, dass wir alle unsere Investitionstätigkeiten an der Nachhaltigkeit festmachen, ist das ein spürbarer Erfolg an dieser Stelle. Wir haben die Möglichkeiten der Planung, auf den kommunalen Ebenen und den Regionalplanungsebenen, um an dieser Stelle neue Ideen anzustoßen. Im Süden Deutschlands gibt es sehr wohl schon Kommunen, die sich beispielsweise entscheiden, Wohn- und Gewerbegebiete nach bestimmten Kriterien entwickeln zu lassen. Und meine Damen und Herren, die sind nicht unerfolgreich. Jeder kennt ja die Debatte, dass vor jedem Laden ein Parkplatz sein muss, und und und. Man kann an dieser Stelle planerisch etwas machen. Und man kann natürlich auch etwas machen, indem man über Stoffströme nachdenkt, die in einer Region, in einer Stadt tatsächlich da sind. Ich halte für ganz wesentlich, um die Debatte voran zu bringen, wenn man das auch tatsächlich sieht, dass an dieser Stelle regionale Wirtschaftskreisläufe entstehen können, die auch die Wirtschaft stabilisieren und voran bringen. Wir müssen davon wegkommen, es als rein grüne Debatte zu sehen, sondern müssen deutlich machen, dass darin auch Entwicklungschancen stecken. Es ist erstaunlich, was man selbst mit den kleinsten Anstrengungen für Erfolge erzielen kann. Manchmal wundere ich mich selber: Wir sind in der Krise und haben in einer der arbeitsplatzmäßig schwierigsten Regionen immer noch einen Abfall der Arbeitslosenquote. Das hat viele Ursachen, unter anderem auch, dass wir nicht so große Betriebe haben. Aber es hat auch eine Ursache darin, dass man konzentriert daran gearbeitet hat, die regionalen Wirtschaftskreisläufe aufzubauen. Wenn man gerade an die Frage der erneuerbaren Energien, an deren Nutzung und auch den Verbrauch in der Region denkt, dann wird man sehen, dass man sich in regionalen Kreisläufen befindet und dass hier auch Wertschöpfung entsteht.

Meine Damen und Herren, wir haben die klare Erfahrung gemacht, dass man, wenn man dieses Argument einführt, auch eine völlig andere Akzeptanz in der Umsetzung solcher Strategien erfährt. Wir haben uns als Landkreis vorgenommen, eine Strategie zu entwickeln, die immer ein bisschen belächelt wird. Wir sagen, wir wollen eine Null-Emissionsstrategie umsetzen. Und alle sagen: Was? Hören wir jetzt auf zu atmen und schlachten alle Kühe, oder wie soll das funktionieren? Wir wissen natürlich, dass das überhaupt nicht geht. Aber die Idee, die dahinter steckt, ist ja eigentlich auch eine kleine Provokation – nämlich zu sagen, jeder möge darüber nachdenken, was dieses Thema bei jedem Gedankengang wirklich für eine Rolle spielt.

Und siehe da, wenn man tatsächlich einfordert, was das für Konsequenzen hat, passiert auch etwas. Jetzt kommt der Beschaffungsverantwortliche aus unserer Verwaltung und fragt: Soll ich denn jetzt überall abschaltbare Steckdosen kaufen, um den Stand-by-Betrieb gleich auszuschließen? Wollen wir eine große Schaltung im Haus installieren, wo zu einer

bestimmten Zeit alles ausgeht? Ich glaube gerade an den Stellen sieht man, wie es auch gehen kann.

Wir haben uns diese Strategie langfristig gestellt, aber wir wollen auch anfassbar agieren. Eine klare Zielstellung heißt: Wir wollen die Klimaschutzziele der Bundesrepublik Deutschland für 2020 bei uns im Landkreis im Jahr 2011 realisiert haben. Daran arbeiten wir im Moment. Heute Nachmittag hören Sie dazu auch noch einen ausführlicheren Vortrag. Und wenn Sie dann mal sehen, wie sich so etwas in Teilprojekte zersplittert und wie viele Leute da mittlerweile mitmachen, dann kann man das glaube ich auch gut machen.

So eine Tagung hat ja immer auch den Sinn, Erfahrungsaustausch in den Mittelpunkt zu stellen, zu sehen, was hat geklappt, was hat nicht geklappt. Denn solche Strategien bringen immer auch Irrwege mit sich. Manchmal muss man auch zugeben, dass man nicht immer den optimalen Lösungsweg parat hat. Und jeder von Ihnen hat sicher auch schon diese Erfahrung gemacht.

Noch einmal herzlich willkommen. Ich hoffe, Sie gehen heute Nachmittag mit zwei Veränderungen heraus aus dem Saal. Erstens, dass Sie innerlich davon überzeugt sind, dass Sie bei sich zu Hause alle mit anstoßen müssen und zweitens, dass Sie sagen können, Sie nehmen mehr mit nach Hause als Sie eingebracht haben.

*Bodo Ihrke ist Landrat des Landkreises Barnim. [landrat@kvbarnim.de](mailto:landrat@kvbarnim.de), [www.barnim.de](http://www.barnim.de)*

## Grußwort

*Peter Busch*

(Protokoll)

Der Vertreter des Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft des Landes Brandenburg, Peter Busch, begrüßt die TagungsteilnehmerInnen. Er unterstreicht, dass die Stadt Eberswalde, sowie insbesondere das Paul-Wunderlich-Haus den geeigneten Tagungsort für das Thema Energiemanagement darstellen und lobt das Engagement der Stadt Eberswalde und des Landkreises Barnim.

Peter Busch betont, dass die Knappheit der finanziellen Ressourcen der öffentlichen und privaten Hände genauso Realität sei wie der Klimawandel. Mit Bezug auf die neueste Verlautbarung der internationalen Energieagentur verdeutlicht er, dass sich die Verknappung der fossilen Rohstoffe und die steigenden Kosten bei der Förderung derselben in einer steigenden Preisentwicklung niederschlagen und unter dieser Voraussetzung private Verbraucher genauso wie öffentliche Träger zum Handeln aufgefordert seien. In diesem Zusammenhang geht Peter Busch auf die wichtige Rolle der Energiestrategie der Landesregierung ein, die in der aktuellen Koalitionsvereinbarung bestätigt wurde und bemerkt weiterhin, dass gerade auf kommunaler Ebene die Kooperation und Kommunikation mit allen Betroffenen einen wichtigen Erfolgsfaktor darstelle. In einigen Kommunen und Kreisen in Brandenburg werde über den Energieverbrauch bereits intensiv nachgedacht, vielfach sei das jedoch noch eine neue Betrachtungsweise, die allerdings durch die Diskussion und Einführung doppischer Systeme in den Kommunalverwaltungen gestärkt werde, weil somit viele Kosten erst transparent würden. Auf diese Weise zeige sich auch, an welchen Stellen man mit intelligentem Energiemanagement gleichzeitig etwas fürs Klima und für die Gemeindekasse tun könne.

Anschließend geht Peter Busch auf drei Projekte des Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft ein, die in diesem Zusammenhang besonders relevant seien. Das sei zum einen das Projekt Energie in der Stadt, bei dem von der Energiebilanz bis zu Fragen des Nutzerverhaltens in zwei Strängen drei Modellstädten untersucht werden. Das ist weiterhin zusammen mit dem Land Sachsen-Anhalt und dem Bund ein ExWoSt-Projekt zu integrierten Energiekonzepten und zum anderen ein INTERREG-Projekt zusammen mit den baltischen Staaten, dem Deutschen Verband, Polen und Weißrussland, bei dem es darum ginge, wie sich integrierte Stadtentwicklung mit integrierter Klimaentwicklung verbinden lasse und welche Erfahrungen es hier und in anderen Ländern gebe.

Abschließend wünscht Peter Busch viel Erfolg für die Tagung.

*Peter Busch leitet das Referat Bautechnik, Energie, Bau- und Stadtkultur im Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft des Landes Brandenburg. [www.mil.brandenburg.de](http://www.mil.brandenburg.de)*

## Grußwort

*Friedhelm Boginski*

(Mitschnitt)

Auch von meiner Seite ein herzliches Willkommen. Wenn man den Bürgermeister zu einem Grußwort einlädt, dann erwartet man ja in der Regel, dass er den Veranstalter lobt, den Veranstaltungsinhalt und letztendlich auch seine Stadt. Das ist ja erfreulicher Weise nun hier schon alles sehr ausführlich passiert. Da habe ich also relativ wenig zu tun.

Ich will aber doch noch ein oder zwei Sätze sagen. Weil ich weiß, dass Sie in der Zeit bleiben wollen – und als ehemaliger Lehrer bin ich auf Pünktlichkeit bedacht – halte ich mich auch sehr kurz.

Die Besonderheit der Stadt und das haben Sie eben schon gemerkt, ist natürlich die enge Zusammenarbeit der regionalen Akteure untereinander. Und da will ich als Erstes die enge Verbindung der Stadt Eberswalde mit der Fachhochschule nennen. Die grünste Fachhochschule Deutschlands, und das sage ich als FDP-Politiker mit besonderem Stolz, steht hier in Eberswalde. Darum können Sie uns gern beneiden! Die enge Verflechtung ist nicht nur Ergebnis der Geschichte, sondern sie spiegelt vielmehr das enorme Engagement der Fachhochschule in der Region wieder. Das strahlt in die Wirtschaft, in das alltägliche Leben und ganz besonders in die Stadt Eberswalde hinein. Und das Zweite worauf ich besonders stolz bin, weil es nicht überall in Brandenburg so ist, ist die enge Verbindung der Kreisstadt mit dem Landkreis Barnim. Das heißt, hier werden die Strategien gemeinsam erarbeitet, abgestimmt und gemeinsam umgesetzt. In den letzten Jahren ist so ein großes gegenseitiges Vertrauen erwachsen und eine hervorragende Zusammenarbeit entstanden, die glaube ich ihresgleichen in Brandenburg sucht. Und wenn ich Herrn Busch vom Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft richtig verstanden habe, dann kann man auch sagen, dass wir einen ganz guten Draht nach Potsdam haben, so dass wir insgesamt mit unseren Partnern sehr gut aufgestellt sind.

Eberswalde ist eine sehr sympathische und gastfreundliche Stadt, das brauche ich nicht noch einmal zu betonen. Ich denke, Sie sollten die Gelegenheit ergreifen und noch einmal hierher kommen, eine Tour mit dem O-Bus machen, unseren Zoo besuchen oder einfach das Stadtzentrum genießen. Hier gibt es wirklich eine ganze Menge zu entdecken.

Der Inhalt der heutigen Veranstaltung liegt mir aus zwei Gründen besonders am Herzen, die ich auch noch mal ausdrücklich in den Vordergrund stellen möchte. Wir sind in Eberswalde, was die Wirtschaft betrifft, sehr heterogen aufgestellt. Unsere Unternehmensstruktur ist geprägt von klein- und mittelständischen Betrieben. Wir haben aber auch Unternehmen mit über 250 Beschäftigten. Wir stehen hier natürlich vor der Herausforderung, den Unternehmen die bestmöglichen Standortbedingungen - gerade in Bezug auf die Bereitstellung von kostengünstigen Produktionsbedingungen - zu bieten, um sie langfristig an Eberswalde zu binden. In der Metallbranche gibt es bei uns zum Beispiel eine große Anzahl von Betrieben und Unternehmen, die im großen Umfang von Energielieferungen abhängig sind. Für diese Unternehmen ist die Suche nach Möglichkeiten der Energieeinsparung, der Steigerung der Energieeffizienz und die Förderung der Energiewirtschaft und -technik ein ganz entscheidender Standortfaktor. Die Energiewirtschaft und -technik ist aber nicht nur ein Standortfaktor sondern auch ein Wirtschaftsfaktor,

besonders für uns hier in der Region. In den vergangenen Jahren hat sich hier am Standort erfreulicher Weise eine neue Industrie entwickelt, die die Möglichkeiten der Erzeugung erneuerbarer Energie mittels Holz, Wind, Sonne, Pflanzen und Wasser im Fokus hat.

Den zweiten Punkt, den ich für äußerst wichtig erachte, ist dass das gesamte Energiethema völlig neue Chancen für kreative Köpfe bietet, die wir einfach stärker nutzen müssen. Beispielsweise sind wir aus meiner Sicht mit diesem Thema viel zu wenig in den Schulen präsent. Da müssen wir noch stark daran arbeiten. Solche Tagungen, wie wir sie hier heute durchführen, auf welcher wir uns u.a. über neue energiebezogene (Bildungs-) Projekte, alternative Lösungsmöglichkeiten und Erfahrungswerte austauschen, tragen im besonderen Maße dazu bei, bei der Bevölkerung ein größeres Verständnis für die Erzeugung und Nutzung alternativer Energien hervorzurufen. Unsere Aufgabe als Stadt ist es, mit gutem Beispiel voran zu gehen und Aufgaben in unserem Verantwortungsbereich und darüber hinaus im Sinne des schonenden Umgangs mit Ressourcen durchzuführen. Wir müssen aber stärker noch als bisher versuchen alle Bevölkerungsschichten für dieses Thema zu sensibilisieren, gerade Kinder und Jugendliche. Hier besteht noch ein enormer Handlungsbedarf. Im Ergebnis werden sich aber hier die kreativen Köpfe entwickeln, die völlig neue Akzente setzen werden. Und deshalb hoffe ich, dass diese Tagung uns heute alle ein Stück vorwärts bringt und dass wir alle mit neuen Ideen in den Köpfen aus der Tagung gehen werden.

Leider kann ich jetzt nicht länger bei Ihnen bleiben, da ich noch einen Anschlusstermin habe. Ich glaube, einigen von Ihnen geht es ebenso. Ich wünsche Ihnen viel Erfolg mit der Veranstaltung. Ich wünsche Ihnen auch, dass Sie viele Anregungen von der heutigen Tagung mit in Ihre Kommune nehmen können und kreative Lösungen in das Land Brandenburg und noch weiter tragen. Und wenn ich unsere Studentenschaft der Fachhochschule sehe, kann ich davon ausgehen, dass unsere Ideen und Projekte zum Energiemanagement bzw. zur Umsetzung der Null-Emissions-Strategie auch über die Grenzen Deutschlands hinaus verbreitet werden. Und ich hoffe und wünsche mir einfach, dass sich die Stadt Eberswalde dem Nachhaltigkeitsgedanken - aus seiner 130jährigen Tradition heraus - weiterhin so intensiv wie bisher widmet. Viel Erfolg und alles Gute für Sie alle.

*Friedhelm Boginski ist Bürgermeister der Stadt Eberswalde. [f.boginski@eberswalde.de](mailto:f.boginski@eberswalde.de), [www.eberswalde.de](http://www.eberswalde.de)*

## Klimaschutz in Kommunen: Rückblicke und Ausblicke

*Ulrike Janssen*

(schriftlicher Tagungsbeitrag)

Das Jahr 2007 war geprägt von vielen „unbequemen Wahrheiten“: IPCC-Berichte, Stern-Report, Al Gore-Film und der massiven Zunahme an sichtbaren Auswirkungen des Klimawandels. Damit stand das Thema Klimaschutz im Zentrum der gesellschaftlichen Debatte. Auch auf kommunaler Ebene war ein „Neustart“ zu verzeichnen: Viele Städte und Gemeinden beschließen jetzt erstmals die Erarbeitung von Klimaschutzkonzepten, setzen sich anspruchsvolle Klimaschutzziele und ergreifen neue oder ergänzende und tiefgreifendere Maßnahmen.

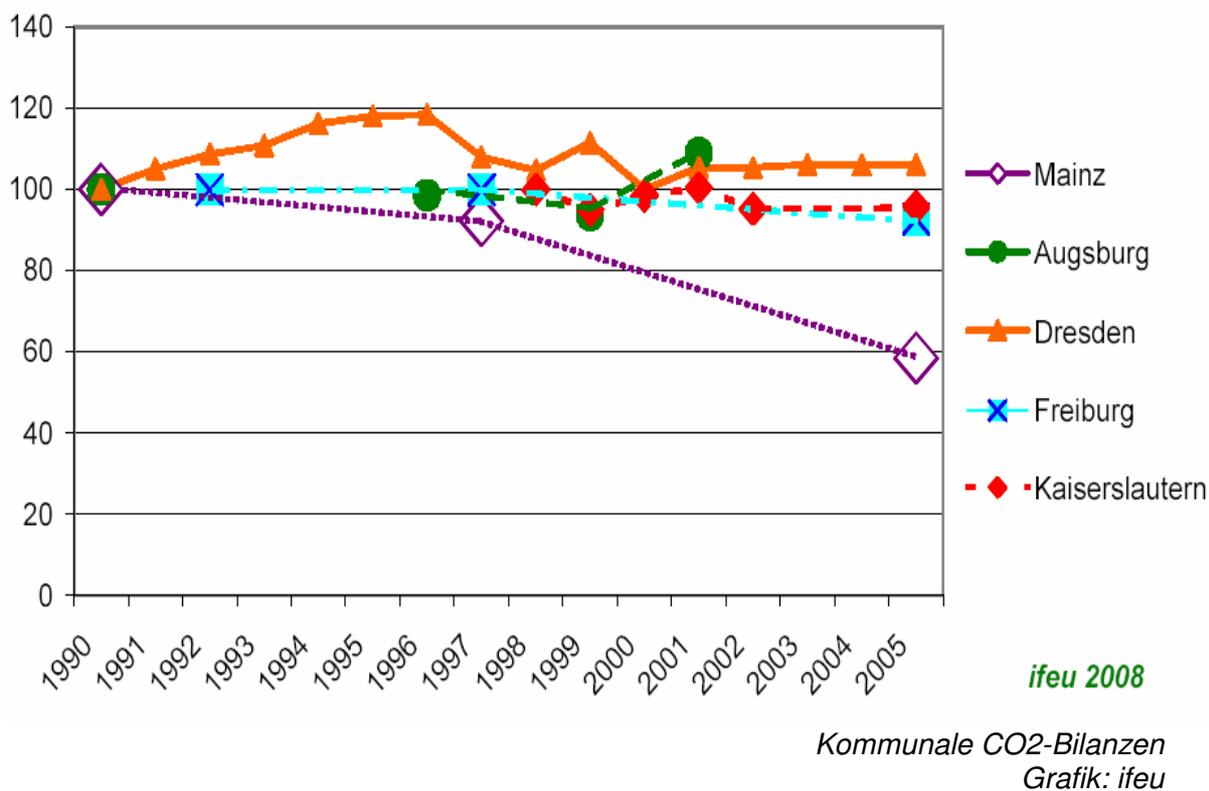
### **Ein Rückblick**

Die letzten 20 Jahre im kommunalen Klimaschutz waren im Wesentlichen geprägt durch „Pionierarbeit“ und den Kampf um die Anerkennung der Rolle der lokalen Ebene im Klimaschutz. Mit der Gründung des Klima-Bündnis im Jahr 1990 haben sich Kommunen zusammengeschlossen, die die globale Herausforderung des Klimawandels schon früh angenommen und für sich umgesetzt haben. Erfahrungsaustausch, die gemeinsame Entwicklung von Maßnahmen, aber auch die Bündelung der Stimmen in Richtung Berlin bzw. Brüssel für bessere Rahmenbedingungen waren die wichtigsten Aufgaben des Netzwerks. Die Mitgliedschaft im Klima-Bündnis ist mit der freiwilligen Selbstverpflichtung verbunden, die CO<sub>2</sub>-Emissionen bis spätestens 2030 gegenüber dem Wert von 1990 zu halbieren. Ein ehrgeiziges, aber für den Erhalt des Klimas unumstritten notwendiges Ziel, das durch das Herunterbrechen auf Legislaturperioden („minus 10 Prozent CO<sub>2</sub> alle fünf Jahre“) im Jahr 2006 noch weiter konkretisiert wurde.

### **Wo stehen wir?**

Eine Analyse kommunaler CO<sub>2</sub>-Bilanzen für die Jahre 1990 – 2005 zeigt allerdings eher ernüchternde Ergebnisse: Selbst Vorreiterstädte wie Freiburg, Hannover, Frankfurt am Main oder München haben gerade einmal eine Reduktion um 7, 10 oder 12 Prozent ihrer CO<sub>2</sub>-Emissionen erreicht.

Die Ursachen für die Nicht-Erreichung bzw. Nicht-Erreichbarkeit solch anspruchsvoller kommunaler Reduktionsziele sind bekannt: Allein die Steigerung um bis zu 40 Prozent des Stromverbrauchs in Haushalten, Gewerbe und Dienstleistungen und die z.T. dramatische Steigerung der Verkehrsleistung machen viele Erfolge, die im direkten kommunalen Einflussbereich erzielt wurden, zunichte. In vielen Handlungssektoren wurden die Potenziale bei weitem nicht erschlossen, sei es durch die unzureichende kommunale Finanzkraft, das Setzen anderer Prioritäten, aber auch durch den abnehmenden Einfluss der Kommunen auf wichtige Verbrauchssektoren, z.B. durch die Liberalisierung der Energiemärkte oder die Regionalisierung (und hier vor allem die Kürzung der dafür zur Verfügung stehenden Mittel) des Öffentlichen Personennahverkehrs.



Anfang 2007 präsentierte die Landeshauptstadt Hannover ihre detaillierte Klimaschutzbilanz 1990 bis 2005. Demnach sind die CO<sub>2</sub>-Emissionen in den vergangenen 15 Jahren insgesamt um 7,5 Prozent gesunken. Damit ist zwar der erste Schritt in Richtung Klimaschutz getan, doch die Anstrengungen müssen erheblich intensiviert werden, wenn ein angemessener Beitrag gegen die drohende Klimakatastrophe geleistet werden soll, so das Fazit von Wirtschafts- und Umweltdezernent Hans Mönninghoff. Vor allem seien auch wesentlich radikalere Vorgaben der EU und der Bundesregierung notwendig.

Positiv in der Bilanz machten sich alle Bereiche, in denen die Stadt bzw. die Stadtwerke eigenverantwortlich sind. Hier wurden die Zielvorgaben weitgehend erreicht: Durch eine Verdoppelung des Fernwärmeeinsatzes und durch ca. 90 Blockheizkraftwerke ist die Stromerzeugung sehr viel effizienter geworden. Der Wärmebedarf der städtischen Gebäude hat sich durch hohe Investitionen bei der nachhaltigen Gebäudesanierung insbesondere der Schulen und Kindertagesstätten allein in den vergangenen acht Jahren um ca. 25 Prozent verringert. Die besonders klimaschädigenden Methanabgasungen auf der Zentraldeponie wurden fast völlig gestoppt – stattdessen werden heute bei der Müllverbrennung und der kalten Rote große Mengen Strom umweltfreundlich erzeugt.

Nur im Mittelfeld der Erfolgsbilanz liegt die Energiereduktion der Industrie (-9 %) und der Einsatz der regenerativen Energie in Hannover: Trotz eines neuen Wasserkraftwerkes und hunderter Solaranlagen beträgt der Stromanteil in diesem Bereich nur 0,4 Prozent des Strombedarfs. Auch die Wärmedämmung der Wohngebäude wirkt sich noch nicht genug aus: Zwar ist der Verbrauch bezogen auf den Bestand von 1990 um 13 Prozent zurückgegangen, doch die zehnpromtente Zunahme der Wohnfläche pro Einwohner ließ den Gesamtverbrauch an Heizenergie nur um vier Prozent sinken.

Besonders negativ wirkt sich auch in Hannover der gegenüber 1990 um 32 Prozent stark gestiegene Stromverbrauch der Haushalte aus. Außerdem sind die Emissionen aus dem Verkehrsbereich trotz technischer Fortschritte heute fast genau so hoch wie vor 15 Jahren. Ursachen sind insbesondere die immer größeren Autos, mehr LKW-Verkehr und die Verdoppelung der geflogenen Kilometer pro EinwohnerIn.

### **Kommunaler Klimaschutz – ein enormes Potenzial**

Auch wenn das in den „Pionierjahren“ des kommunalen Klimaschutzes Erreichte keinen Grund zum Jubeln bietet: Es gibt einen enormen Erfahrungsschatz zur Umsetzung von Maßnahmen und es wurden viele Erfolgsmodelle entwickelt, die ohne Zögern in jeder Stadt oder Gemeinde angewendet werden könnten. Etablierte – weil erwiesenermaßen erfolgreiche und sich auszahlende – Instrumente sind vor allem das Kommunale Energiemanagement oder Anreizsysteme zum Energiesparen wie Fifty-Fifty in Schulen. Auch das Contracting für Heizungsanlagen und Beleuchtung in öffentlichen Einrichtungen bringt – ohne eigene Investitionen – bis zu 30 % weniger Energieverbrauch und -kosten.

Was kommunaler Klimaschutz leisten kann, belegte eine vom Bundesumweltministerium geförderte Studie des Öko-Instituts. Für die Landeshauptstadt München wurde untersucht, wie und wann das Ziel einer Halbierung der Treibhausgasemissionen (d.h. um rund vier Mio. Tonnen CO<sub>2</sub>) erreicht werden kann. Als besonders wichtige Handlungsfelder wurden die Sanierung der Altbausubstanz, Energieeinsparung im Bereich Handel, Dienstleistungen und Gewerbe, der Einsatz von Biomasse zur städtischen Energieversorgung sowie Energiesparen in städtischen Gebäuden identifiziert. Zugleich enthält die Studie eine an den aktuellen und den künftig absehbaren Rahmenbedingungen orientierte Strategie: Drei Szenarien (Referenz-, Maßnahmen- und Zielszenario) zeigen geeignete Pfade zur Treibhausgas-Minderung auf und stellen diese in Handlungsschwerpunkten dar. Fazit der Studie: Bis zum Jahr 2025 (Basisjahr 1990) wäre demnach eine Halbierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen möglich. Voraussetzung ist die Umsetzung eines ambitionierten Handlungsprogramms. Elemente wären u.a. Passivhaus-Standard bei einem Drittel der ab 2012 errichteten Gebäude, Abdeckung des Brennstoffbedarfs für die Strom- und Wärmeproduktion mit 5 Prozent Biomasse, Beimischung von 5 Prozent Biogas zum Gas, Förderung des Radverkehrs und betriebliches Mobilitätsmanagement.

Die Stadt München ist seit 1991 Mitglied des Klima-Bündnis und auf dem Weg zur Umsetzung des Klima-Bündnis-Ziels einer Halbierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2030. Zwischen 1987 und 2000 konnten die CO<sub>2</sub>-Emissionen um 12 Prozent gesenkt werden. München ist deshalb nicht nur Vorbild in der Strategieentwicklung, sondern auch wegen seinem Fernwärmenetz, das zum größten Europas zählt, dem hohen Anteil Kraft-Wärme-Kopplung, vielen Projekten zum solaren Bauen, u.a. dem ersten Wohngebiet mit solarer Nahwärmeversorgung, einem hohen Stand der Nutzung von Biomasse und Geothermie für die städtische Energieversorgung und der Kooperation mit Betrieben, Architekten und Handwerkern. Zusammen mit Schlüssel-Akteuren aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Gesellschaft wurde vor kurzem das „Bündnis München für Klimaschutz“ gegründet. In vier Foren, die die Aspekte einer zukunftsfähigen Energiewirtschaft behandeln und von hochrangigen Akteuren der Stadtgesellschaft geleitet werden, sollen weitere Klimaschutz-Projekte entwickelt und angestoßen werden.

## **2007: Ein neues Umfeld**

Mit den IPCC-Berichten im Frühjahr 2007, Stern-Report, dem Film „Eine unbequeme Wahrheit“, dem Friedensnobelpreis für Al Gore und IPCC, „Peak Oil“ und stark ansteigenden Energiepreisen stand der Klimaschutz, aber auch Energieversorgungssicherheit und regionale Wertschöpfung mit einem Schlag im Zentrum der öffentlichen Diskussion.

Es folgte eine wahre Inflation an ambitionierten Zielen. Bei den Post-Kyoto-Verhandlungen, d.h. für die Zeit nach 2012, wurde auf der UN-Klimakonferenz 2007 die so genannte „Bali-Roadmap“ ausgehandelt, die einen Zeitplan sowie Bausteine für das neue Abkommen vorsieht, das bis zur Weltklimakonferenz 2009 in Kopenhagen ausgehandelt werden soll.

Relevant für deutsche Kommunen ist auch das Energie- und Klimapakett der EU mit seinen „3 x 20 bis 2020“-Zielen und die eng damit verbundene neue Initiative „Konvent der Bürgermeister“ (Covenant of Mayors). Kommunen, die sich verpflichten, die EU-Ziele zu übertreffen, sollen Zugang zu besonderen Förder- und Investitionsprogrammen erhalten. Das Klima-Bündnis unterstützt diese Initiative ausdrücklich, denn zum ersten Mal wird die Rolle der lokalen Ebene explizit von der Europäischen Union gewürdigt und den Kommunen werden konkrete Einfluss- und Fördermöglichkeiten eröffnet.

Auch in Deutschland folgte die Politik mit einem ambitionierten Ziel: Mit den Meseberger Beschlüssen der Bundesregierung vom August 2007 will die Bundesregierung die nationalen Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2020 um 40 Prozent reduzieren. In diesen Beschlüssen wurden die Eckpunkte für eine Integrierte Energie- und Klimapolitik in Deutschland festgelegt. Analog zu den EU-Politiken lautet die Vorgabe auch hier: Energieeffizienzpotenziale in verschiedenen Sektoren besser nutzen und die erneuerbaren Energien ausbauen. Die Umsetzung der Eckpunkte in konkrete Politik erfolgte mit bisher zwei „Gesetzespaketen“, die das Kabinett in den Bundestag eingebracht: ein erstes Paket enthielt u.a. vier wichtige Gesetzesnovellen zur Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung, zum Ausbau der Erneuerbaren-Energien-Gesetzes im Strom- und im Wärmebereich sowie eine Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes zur Liberalisierung des Messwesens. Diese Gesetze wurden im Juni 2008 im Bundestag verabschiedet. Zur gleichen Zeit erhielt das Parlament ein zweites Gesetzespaket zur Beschlussfassung, in dem schwerpunktmäßig die Rahmenbedingungen zur Nutzung von Energieeffizienzpotentialen verbessert werden soll. Dieses Paket beinhaltet u.a. eine Novelle der Energieeinsparverordnung. Einzelne Eckpunkte wurden bisher jedoch noch nicht mit konkreten Maßnahmen zur Umsetzung hinterlegt; dazu gehören u.a. die Einführung moderner Energiemanagementsysteme und eine neue Regelung zu den Betriebskosten in Mietwohnungen, die das Mieter-Vermieter-Dilemma (Vermieter investiert in Gebäudedämmung, Mieter spart Heizkosten) auflöst.

Seit Beginn des Jahres 2008 stehen dem Bundesumweltministerium aus dem Verkauf von Emissionshandelszertifikaten bis zu 400 Mio. € für eine Klimaschutzinitiative zur Verfügung. Die Klimaschutzinitiative besteht aus einem nationalen Teil (280 Mio. €) und einem internationalen Teil (120 Mio. €). Damit sollen die vorhandenen großen Potenziale zur Treibhausgasreduzierung kostengünstig und in der Breite erschlossen sowie innovative Modellprojekte vorangebracht werden. Konkret fördert das BMU Klimaschutzmaßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz und der verstärkten Nutzung erneuerbarer Energien.

Im nationalen Teil der Klimaschutzinitiative wurden bisher sechs Förderprogramme veröffentlicht. Neben einem Impulsprogramm für die Installation von Mini-KWK-Anlagen, einem Programm zur Förderung von Vorhaben zur Optimierung der energetischen Biomassenutzung und einer Erweiterung des bestehenden Marktanzreizprogramms für regenerative Wärme umfasst es ein Förderprogramm von Klimaschutzprojekten in Kommunen, das mit rund 23 Millionen Euro ausgestattet ist. Mittlerweile wurde die Erstellung von 280 Integrierten Klimaschutzkonzepten gefördert.

### **Irrwege**

Insgesamt haben sich also die Rahmenbedingungen für den kommunalen Klimaschutz in Deutschland verbessert. Die Anerkennung der Bedeutung des Klimaschutzes erfordert von den nationalen Gesellschaften natürlich noch viel weitgehendere Weichenstellungen, die den ökologischen aber auch ökonomischen und sozialen Herausforderungen der Zukunft gerecht werden. Nicht alle vorgeschlagenen Lösungen sind jedoch zukunftstauglich.

### **Neue Kohlekraftwerke**

sind der falsche Weg zur Erfüllung anspruchsvoller Klimaschutzziele. In ihrem Aufruf vom Herbst 2007 fordern die Klima-Bündnis-Mitgliedskommunen eine langfristige Energieversorgungsstrategie zum Umstieg auf klimaverträgliche Stromerzeugungsarten, neue Kraftwerke nur in Kraft-Wärme-Kopplung und nur dort, wo der Wärme-Absatz gewährleistet ist. Außerdem darf es keine Zuteilung von zusätzlichen Emissionszertifikaten für neue Kraftwerke geben. Dass bei den Befürwortern eines massiven Ausbaus von Kohlekraftwerken auf eine noch in der Entwicklung befindlichen Technologie (Carbon Capture and Storage – CCS) gesetzt wird, die unkalkulierbare ökonomische und ökologische Folgen haben kann, verhindert wichtige Investitionen in den Ausbau bereits vorhandener erneuerbarer Energien.

### **Klima-Neutralität, Kompensation & Co.**

Auf der letzten Jahreskonferenz und Mitgliederversammlung des Klima-Bündnis wurde eine Resolution zum Thema „Kompensation von Emissionen“ verabschiedet, die sich vor allem gegen den Begriff der „Klimaneutralität“ wendet. Die Vermittlung des Eindrucks, dass Emissionen im privaten Bereich, bei Unternehmen oder durch Staaten „kompensiert“ oder gar „neutralisiert“ werden können, birgt die Gefahr, dass der Druck für die Diskussion von Lösungsstrategien vermindert wird. Der „Ablasshandel“ als schnelle Lösung gewinnt jedoch immer mehr an Attraktivität. Die kritischen Untersuchungen des CDM-Instrumentariums im Rahmen des Kyoto-Protokolls zeigen dagegen deutlich, dass damit weder effektiver Klimaschutz noch eine nachhaltige Entwicklung eingeleitet werden konnte.

### **„Bio“treibstoffe**

Auch die aktuelle Diskussion um den Ausbau der Agrotreibstoffe zeigt, wie schnell ein Hoffnungsträger zu einem Problemverstärker werden kann. Die zur Erreichung der europäischen Klimaschutzziele notwendige Menge an Agrotreibstoffen kann nur teilweise durch die Inlandsproduktion gedeckt werden. Billigere Importe – vor allem aus dem asiatischen und südamerikanischen Raum – werden gebraucht. Die heftigen Reaktionen gegen eine einseitige Entscheidung Europas zur Steigerung der Beimischung sog. „Biokraftstoffe“ auch von UN-Organisationen zeigen deutlich, dass Lösungsansätze sorgfältiger auch unter Einbeziehung der Nord-Süd-Thematik diskutiert und beschlossen werden müssen. Die Gründung des Klima-Bündnis wurde gerade deshalb in Partnerschaft

mit den indigenen Organisationen der Regenwälder vollzogen, um die globale Dimension von Klimawandel und Klimaschutz zu unterstreichen.

Der Anbau, die Verarbeitung und der Export der „Bio“-treibstoffe führt zu erheblichen sozialen und ökologischen Belastungen, z.B. in Brasilien: Große Unternehmen kaufen Land auf, um Zuckerrohr anzubauen und daraus Ethanol herzustellen. Damit verdrängen sie tausende Kleinbauern, die mit Nahrungsmitteln ihre Region versorgen. In diesen Monokulturen werden massiv Dünger und Pestizide eingesetzt, schwerwiegende Schäden für Grundwasser, Böden und ansässige Bevölkerung sind die Folge. Allein die Anbaufläche für Zuckerrohr soll von derzeit etwa 6,2 Mio. Hektar bis 2012 auf über 9 Mio. Hektar gesteigert werden.

Für Schwellen- und Entwicklungsländer stellt der Export von Agrotreibstoffen in erster Linie ein großes wirtschaftliches Potenzial dar. Der Hunger Europas nach erneuerbaren Treibstoffen heizt die Nachfrage nach energiehaltigen Pflanzen (z.B. Palmöl oder Soja) an und führt zu einem Anstieg der Marktpreise. Eine der Konsequenzen ist die Verdrängung des landwirtschaftlichen Nahrungsmittelanbaus in bislang ungenutzten Gebieten und die damit einhergehende starke Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion. Der Druck auf die (primären) Regenwälder steigt und führt zu einem Verlust an biologischer Vielfalt.

Für die indigenen Partner im Klima-Bündnis spielen auch die mit der Ausdehnung der Monokulturen verbundenen sozialen und gesellschaftlichen Folgen eine wichtige Rolle: Während die Regierungen die Schaffung von Arbeitsplätzen und die ökonomische Entwicklung als positiven Faktor in den Vordergrund stellen, ist der Anbau von Energiepflanzen mit Vertreibungen der ansässigen indigenen Gemeinden und Siedlern verknüpft. Plantagen bedeuten eine Bedrohung der Land- und Menschenrechte von Kleinbauern und indigenen Gemeinden. Ohne eine Reduzierung unseres Energiebedarfs und Konsums werden diese Probleme in der Zukunft noch gravierendere Auswirkungen haben und zu verstärkten Konflikten führen. Statt einer „Unterstützung der Entwicklungsländer“ (EU-Strategie für Biokraftstoffe) wird es zu einer Verschärfung der Menschenrechts- und Umweltsituation in den potenziellen Anbauländern kommen.

### **Neustart im kommunalen Klimaschutz?**

Städte und Gemeinden sind unbestreitbar wichtige Akteure bei der Umsetzung globaler Klimaschutzvereinbarungen. Sie gestalten die lokale Energie- und Verkehrspolitik, beeinflussen die Klimarelevanz der Energieversorgung, entscheiden über kommunale Umweltvorschriften und spielen als bürgernahe Politik- und Verwaltungsebene eine entscheidende Rolle durch Information und Mobilisierung der Öffentlichkeit. Neben der verstärkten Nutzung erneuerbarer Energien ist vor allem das Energiesparen zentrales Handlungsfeld. Es umfasst die wirksamsten Maßnahmen im Klimaschutz, entlastet knappe Kassen und schont endliche Ressourcen. Zwei Milliarden Euro betragen die kommunalen Energiekosten jährlich – und sind damit der drittgrößte Posten nach Sozialhilfe und Personalkosten. Diese Energiekosten haben viele Städte und Gemeinden durch gezielte Strategien bereits erheblich reduziert, teilweise um bis zu 50 Prozent, und durch die weiterhin steigenden Energiepreise erfahren alle Typen von Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz derzeit neuen Schub: Energiemanagement in den eigenen Liegenschaften, technische Maßnahmen bei der Gebäude- und Heizungssanierung, aber auch rein organisatorische Maßnahmen und Beeinflussung des Nutzerverhaltens.

Intelligente Energienutzung in Kommunen kennt viele Beispiele, die z.B. in der „Tatenbank“ Energiekommunal des Klima-Bündnis aufgeführt sind. Viele Maßnahmen sollten mittlerweile zum Standard gehören, da sie sich erwiesenermaßen rentieren, nicht nur für Klima oder Luftqualität, sondern auch fürs Stadtsäckel: Energiecontrolling, Beleuchtungsmodernisierung, Anreizmodelle zum Energiesparen in Stadtverwaltung, Schulen und Kindergärten, Wärmedämmung oder die solarthermische Beheizung des Freibades, um nur eine Auswahl aufzuführen. Die Städte Kiel und Norderstedt stellen z.B. ihre Lichtsignalanlagen auf LED-Technik um und erzielen damit eine relative jährliche Energieeinsparung von 80 Prozent.

Ähnlich wie für die internationale Staatengemeinschaft ist es auch für Kommunen schwierig, alle wichtigen Akteure mit ins Boot zu kriegen. Wenn Städte und Gemeinden aber als Vorreiter agieren und zeigen, dass durch kommunale Klimaschutzmaßnahmen messbare Ergebnisse zu erzielen sind und damit noch Kosteneinsparung und Unabhängigkeit von Öl und Gas einhergehen, werden auch andere folgen. Mit dem Programm „Unternehmen für Ressourcenschutz“ lieferte die Stadt Hamburg die Initialzündung für viele freiwillige Investitionen ortsansässiger Unternehmen für Energieeffizienz- und Ressourcenschutzmaßnahmen. Als Kooperationspartner aus der Hamburger Wirtschaft agieren u.a. die Handelskammer, die Handwerkskammer und der Industrieverband Hamburg. Die Maßnahmen führen nicht nur zu Umweltentlastung, sondern auch zu Betriebskostensenkung und stärken dadurch den Wirtschaftsstandort Hamburg. Das Angebot umfasst die finanzielle Förderung, die gezielte und vor Ort-Beratung zu Ressourcen schonenden Maßnahmen und Techniken sowie die Vermittlung von Spezialisten und die Entwicklung von wirtschaftlichen Lösungsansätzen.

Kommunen haben die Möglichkeit über ordnungsrechtliche Instrumente, finanzielle Anreize und „weiche“ Maßnahmen den Klimaschutz lokal voranzutreiben. Die in einem im Auftrag des Umweltbundesamtes und von Klima-Bündnis und Ifeu-Institut Heidelberg durchgeführten Forschungsvorhaben beteiligten Kommunen sind dabei aktive Vorreiter, wie etwa die „Klimaschutzhauptstadt“ Münster, die mit ihrem Altbausanierungsprogramm und der Vorschreibung des Niedrigenergiehaus-Standards mit einer Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen pro Quadratmeter Wohnfläche um 33 Prozent aufwarten kann. Ebenfalls vorbildlich zeigt sich die Stadt Frankfurt am Main, die systematisch den Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplung vorantreibt.

Aufbauend auf dem Wissen um seine Notwendigkeit und auf dem Erfahrungsschatz aus früheren Jahren muss der kommunale Klimaschutz jetzt in die Fläche gehen und er braucht „Mainstreaming“, d.h. die frühzeitige Berücksichtigung von Klimaschutzaspekten in allen Handlungsfeldern und Arbeitsbereichen der Kommune. Dazu gehören vor allem:

- die Entwicklung von integrierten Strategien, die Energieeffizienz, Energiesparen und die Nutzung Erneuerbarer Energien verzahnen;
- eine Institutionalisierung und Professionalisierung des kommunalen Klimaschutzes, d.h. Zuweisung von genügend Personal und Mitteln, die Schaffung von fachabteilungsübergreifenden Arbeitsstrukturen oder die Entwicklung von Richtlinien für alle Abteilungen;

- die konsequente Ausübung der Vorbildfunktion der Kommune, z.B. durch Energiemanagement in allen öffentlichen Einrichtungen, Einführung eines betrieblichen Mobilitätsmanagements für die Verwaltung und Festsetzung des Passivhaus-Standards bei Sanierung und Neubau von kommunalen Gebäuden;
- die Nutzung der Marktmacht von Kommunen durch flächendeckende Leitlinien zu Energieeffizienz und Klimaschutz in der öffentlichen Beschaffung;
- die Schaffung von zusätzlichen Anreizen für die energetische Sanierung des Gebäudebestands, sei es durch Energieberatung, lokale Förderprogramme oder die Qualifizierung von Handwerkern;
- das Betreiben einer energie- und solaroptimierten Planung und
- die stärkere Vernetzung von kommunalen Aktivitäten auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene.

### **Herausforderungen für die Kommunen**

Neben der Anforderung, das als erfolgreich Anerkannte endlich in der Breite umzusetzen, stehen Städte und Gemeinden vor vier neuen Herausforderungen.

#### ***Steigende Energiekosten, Energiearmut***

Mit steigenden Kosten für Strom und Heizung erhält Energieeffizienz eine Schlüsselfunktion bei der Daseinsvorsorge. Die Sanierung des Wohngebäudebestands, allen voran dem städtischer Wohnbaugesellschaften, steht dabei an erster Stelle. Dazu gehören aber auch Projekte wie Cariteam (Frankfurt am Main), einem Energieeinsparservice für Haushalte mit geringem Einkommen, bei dem zugleich Arbeitslose als Energieberater ausgebildet werden, oder das Projekt Energieschuldenprävention in Nürnberg.

#### ***Dezentralität als Leitbild einer zukunftsfähigen Energieerzeugung***

Die Nutzung Erneuerbarer Energien erfolgt in den meisten Fällen durch kleinere, dezentrale Anlagen, wodurch den Kommunen eine stärkere Rolle in der Energieversorgung zukommt. Wichtig sind alle Maßnahmen, die eine „Rekommunalisierung“ der Energieversorgung vorantreiben, z.B. durch Stärkung oder Neugründung von Stadtwerken, Netzzückkauf oder derartige Gestaltung von Konzessionsverträgen, die eine Eigenerzeugung aus Erneuerbaren Energien und Kraft-Wärme-Kopplung ermöglichen. Dazu kommen die Förderung von Solarenergie- und Biomassenutzung, das Betreiben eigener Wärmenetze sowie die Initiierung und Unterstützung von Beteiligungsgesellschaften mit BürgerInnen und die Entwicklung von regionalen Strategien (z.B. 100% Erneuerbare Energie-Regionen).

#### ***BürgerInnen in kommunale Energie- und Klimaschutzpolitik einbeziehen***

Mit Zielkonzepten, die sich an der Dezentralität der Energieerzeugung orientieren, müssen die BürgerInnen in unterschiedlichen Stufen und Intensitäten in die Entwicklung des Konzepts eingebunden werden, z.B. durch Öffentlichkeitsarbeit, Kampagnen, die Schaffung eines lokalen Akteursnetzwerks oder lokaler Klimaschutz-/Energieforen. Die Kommune tritt als Moderator für die verschiedenen lokalen Akteursgruppen auf, um zu eigenständigen Beiträgen zu motivieren, diese zu koordinieren und damit die Wirkung der Aktivitäten zu vervielfachen.

### ***Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel***

Extremwetterereignisse, Hitzeperioden und Überschwemmungen zeigen schon heute, mit welchen Herausforderungen Kommunen in der nahen Zukunft umgehen müssen. Die Klimaveränderungen erfordern neue Ansätze in Stadtplanung, Gebäudeausführung und Energieversorgung, wobei sich große Synergien mit Klimaschutzmaßnahmen herstellen lassen.

Im Energiebereich können Klimaschutzziele, wie verbesserte Energieeffizienz und Kohlenstoffbindung durch Biomasse, gut mit Anpassungszielen verbunden werden. So produzieren Kraftwerke während des Sommers einen Überschuss an Wärme, woraus Kälte erzeugt werden kann. Diese Kälte kann in dicht bebauten Gebieten in privaten und öffentlichen Gebäuden sowie Betrieben genutzt werden. Mögliche Überhitzung in Gebäuden kann so verhindert werden. Die Kühlung mit Fernkälte führt gegenüber elektrisch betriebenen Kältemaschinen zu einer Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen. Die Landeshauptstadt Dresden ist eine der Pilotstädte für dieses System: Seit 1993 wurden mehr als 20 technische Anlagen mit einer Kühlkraft von ungefähr 13 Megawatt errichtet – zum Teil in öffentlichen Gebäuden, wie dem Sächsischen Landtag. In Zukunft sollen diese kleineren Anlagen zu einem ganzen Kühlungsnetzwerk in der Innenstadt verbunden werden, um eine Ausweitung kosteneffizient voranzutreiben.

### **Was fehlt?**

Viele der neuen Regelungen und Novellierungen bedeuten Fortschritte für den kommunalen Klimaschutz. Energie-, Bau-, Planungs- und Mietrecht bieten jedoch noch zahlreiche Ansatzpunkte, um Kommunen explizite Rechte und Einflussmöglichkeiten einzuräumen, um diese Gesetze auszugestalten und Vorgaben über den Rahmen des Bundesgesetzes hinaus festzulegen. Dies betrifft insbesondere die weiterhin juristisch strittigen Fragestellungen der Verankerung von Energiekennwerten oder Vorgaben zur Nutzung erneuerbarer Energien oder KWK in der Bauleitplanung und den Anschluss- und Benutzungszwang für Nah- und Fernwärme. Hier sind nach Einführung des Erneuerbare-Energien-Wärmegesetzes vor allem die Bundesländer gefordert.

Im Verkehrsbereich steht eine Umkehr vor allem bei der Finanzierung des ÖPNV (Sicherung bzw. Aufstockung der GVFG-Mittel über 2013 hinaus, keine Kürzung der Regionalisierungsmittel für den SPNV und Erhalt des Querverbands), die Abschaffung aller (entfernungsabhängigen) Anreize zum Siedeln und Pendeln im Umland, die Umwandlung der Kfz-Steuer in eine Verbrauchssteuer und die Einbeziehung des Flugverkehrs in den Emissionshandel an.

### **Kommunaler Klimaschutz in Zahlen**

Auch wenn es unzählige Best-Practice-Beispiele und genügend Möglichkeiten zum Erfahrungsaustausch gibt, muss der kommunale Klimaschutz noch viel breitere Umsetzung erfahren, wenn die von Europa, Bundesregierung und Kommunen gesetzten Ziele erreicht werden sollen.

Die bisher erzielten Emissionsreduktionen sind aufgrund der Vielzahl der angewendeten Methoden leider nicht vergleichbar und so sind klare Aussagen und übergreifende Einschätzungen zum Beitrag der Kommunen zu nationalen oder internationalen Klimaschutzzielen nicht möglich. Gerade dies wäre aber notwendig, um die Wirksamkeit von Politiken und Maßnahmen (-gruppen bzw. -typen) besser zu analysieren und daraus

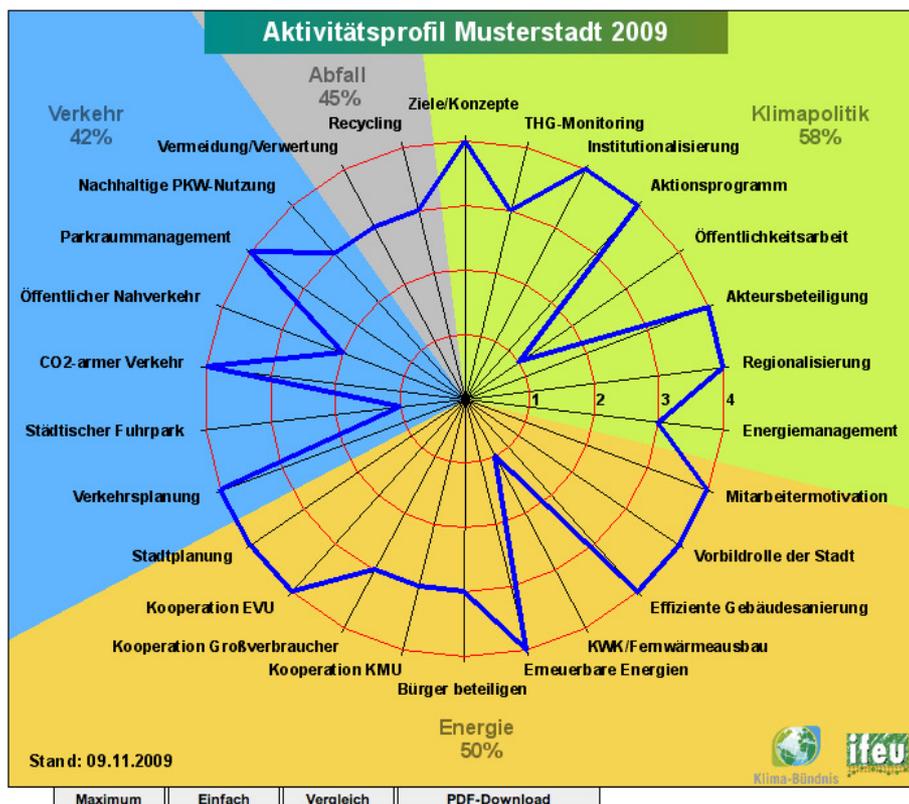
entsprechende Schlüsse über Erfolgsbedingungen und damit fördernde Rahmenbedingungen zu erhalten.

Das Klima-Bündnis widmet sich seit langem in einer Arbeitsgruppe der Erstellung von gemeinsamen Regeln für die CO<sub>2</sub>-Bilanzierung. Als Ergebnis steht seit Mitte 2008 allen deutschen Städten, Gemeinden und Landkreisen das internetbasierte Energie- und CO<sub>2</sub>-Bilanzierungstool ECORegion zur Verfügung. Das System nutzen bisher rund 180 Kommunen in Deutschland – Tendenz stark steigend.

Aber selbst mit einheitlicher Methodik berechnete CO<sub>2</sub>-Bilanzen werden nur eine geringfügige Aussagekraft haben, denn es gibt zu viele Faktoren, die die Ergebnisse sowohl in die eine wie die andere Richtung beeinflussen. Andererseits lassen sich Erfolge engagierten kommunalen Handelns zum Teil gar nicht in CO<sub>2</sub>-Bilanzen abbilden, wie zum Beispiel vielfach die Förderung erneuerbarer Energien.

Das Klima-Bündnis hat deshalb gemeinsam mit dem Ifeu-Institut Heidelberg im Auftrag des Umweltbundesamts das „Benchmark Kommunalen Klimaschutz“ entwickelt. Der gewählte Ansatz spiegelt nicht nur die konkreten Ergebnisse in Zahlen wieder, sondern gibt auch Auskunft über Auswahl und Grad der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen. Die Aktivitäten der Kommunen und deren Erfolge werden unter Berücksichtigung des nationalen Handlungsspielraums systematisch verglichen. Das Benchmarking besteht aus den folgenden drei Bewertungsschritten:

- **Aktivitätsprofile:** Einzelne Maßnahmenbereiche werden in vier Schritten je nach Umsetzungstiefe bewertet und grafisch dargestellt. Grundlage dafür ist eine ausführliche Aktivitätsmatrix für die Bereiche Allgemeine Klimaschutzpolitik, Energie, Verkehr und Abfallwirtschaft.



Aktivitätsprofil Musterstadt  
Grafik: Klima-Bündnis / ifeu

- Energie und CO<sub>2</sub>-Bilanzierung: Nicht ein Vergleich absoluter CO<sub>2</sub>-Emissionen der Kommunen, sondern die innerstädtische Entwicklung der Emissionen nach Sektoren seit 1990 steht hier im Vordergrund. Die Ergebnisse werden anhand von Bevölkerungs-, Wohnflächen-, Kfz-Bestands- und Unternehmensentwicklung interpretiert und gegenübergestellt.
- Indikatoren: Für die Bemessung des Fortschritts bei der Umsetzung von Maßnahmen dient eine Auswahl von 17 Indikatoren, die eine überschaubare und transparente Erfolgskontrolle ermöglichen. Die Indikatoren konzentrieren sich auf Potenziale im Bereich Energie und konkretisieren die Resultate aus der CO<sub>2</sub>-Bilanzierung.

Als Ergebnis entsteht für die jeweilige Kommune eine Stärken-Schwächen-Analyse inklusive einer Prioritätenliste mit vorrangigen Handlungsbereichen und Instrumenten zur Intensivierung oder Initiierung weiterer Klimaschutzaktivitäten. Die Kommune erhält außerdem Hinweise zu andernorts umgesetzten und nachahmenswerten Maßnahmen. Das Benchmark versteht sich dabei auf keinen Fall als ein Ranking der Städte, sondern im Vordergrund steht das Lernen von anderen und das Bestreben sich kontinuierlich zu verbessern.

Mitte November 2009 ist das Benchmark ans Netz gegangen und steht jetzt allen Kommunen in Deutschland zur Verfügung. Das Jahr 2010 würde sich deshalb für eine umfassende Bestandsaufnahme des kommunalen Klimaschutzes in Deutschland – als Basis für das hoffentlich auf dem nächsten Klimagipfel in Kopenhagen vereinbarten anspruchsvollen Kyoto-Nachfolgeabkommen und den damit verbundenen notwendigen Maßnahmen in den Unterzeichnerstaaten – anbieten.

*Ulrike Janssen ist Geschäftsführerin des Klima-Bündnisses Europäischer Städte mit Sitz in Frankfurt am Main. [u.janssen@klimabuendnis.org](mailto:u.janssen@klimabuendnis.org), [www.klimabuendnis.org](http://www.klimabuendnis.org).*

## Die Partizipative Kommune – eine wichtige Strategie für kommunalen Klimaschutz

*Michael Zschiesche*

(schriftlicher Tagungsbeitrag)

Wer würde in Abrede stellen, dass Beteiligung und Mitbestimmung in der Demokratie notwendige Voraussetzungen sind, um bei Bürgern Akzeptanz für Entscheidungen und nachfolgende Maßnahmen zu bewirken. Auf längere Sicht ist jede Entscheidung nur soviel wert, wie sie auch verstanden ist. Das ist im kommunalen Klimaschutz nicht anders als bei alltäglichen kommunalen Fragen wie etwa der Abwasserentsorgung. Und auch die Gründe, die anzuführen sind, um kommunalen Klimaschutz einzufordern, unterscheiden sich im Kern wenig von denen anderer kommunal bedeutsamer Fragen. Es lassen sich u. a. aufzählen:

- weil es um die Diskussion und Priorisierung verschiedener Handlungsoptionen geht,
- weil Klimaschutz mit Verhaltensänderungen einhergehen muss; diese können nur mit einem entsprechenden Bewusstsein erzielt werden,
- weil investive Maßnahmen zu Klimaschutz viel Geld kosten, welches möglicherweise an anderer Stelle in der Gemeinde fehlt,
- weil Kommunalpolitiker für schwierige Entscheidungen und weit in die Zukunft reichende Projekte die Rückversicherung der Bürger benötigen,
- weil dies zu einem modernen, nachhaltigen Stil, zu einer guten Kommunikationskultur in einer Gemeinde dazu gehört,
- weil die strukturierte zielorientierte Bürgerbeteiligung einen Mehrwert für das Wohlbefinden, das Klima in einer Kommune sorgt.

Kommunale Partizipation ist demgemäß eine Strategie, die Art und Weise, wie man zu einem bestimmten Ziel gelangt, nicht etwa Selbstzweck und nie allein nur Ziel. Sie ist aber zwischen den Wahlterminen eine wichtige Ergänzung in Form direkter Kommunikation mit dem Bürger über konkrete Projekte, Maßnahmen oder Pläne. Worum es dabei geht, kann man auch so ausdrücken: „Es geht also nicht um Ersatz für repräsentative Gremien, sondern um Funktionsbereicherung durch diskursive Formen direkter Bürgerbeteiligung, die den gewählten Vertretern in ihrem Streben nach Legitimation zugute kommen.“<sup>1</sup>

### **Beteiligungsrelevante Handlungsfelder des kommunalen Klimaschutzes**

Bevor man sich der Frage zuwendet, welche Handlungsfelder des kommunalen Klimaschutzes beteiligungsrelevant sind, muss die Frage beantwortet werden, welche allgemeinen Handlungsfelder im kommunalen Klimaschutz überhaupt existieren. Und bei der Suche nach einer gängigen Strukturierung wird deutlich, dass es diese nicht gibt. Klimaschutz ist ein klassisches Querschnittsfeld, reicht in nahezu alle Bereiche hinein und erzeugt hierdurch strukturell mannigfache Angrenzungsprobleme. Eine sinnvolle Strukturierung hängt ebenso von der Ebene der Betrachtung ab wie von der eigenen Schwerpunktsetzung. Aus der Sicht eines Bundeslandes beispielsweise lassen sich die

---

<sup>1</sup> Prof. Ortwin Renn in: Praxis Bürgerbeteiligung - Ein Methodenhandbuch, Bonn 2003, S. 46

allgemeinen Handlungsfelder beispielsweise so charakterisieren<sup>2</sup>: Allgemeine Handlungsfelder Klimaschutz

- Energie
- Wohnungs- und Städtebau
- Verkehr
- Landwirtschaft
- Forstwirtschaft
- Abfallwirtschaft
- Sonstiges

Das Klimabündnis der Städte in Frankfurt/Main teilt aus der Sicht einer Kommune mit einer leicht anderen Schwerpunktsetzung wie folgt ein<sup>3</sup>:

- Energie
- Verkehr
- Stadtplanung
- Beschaffung
- Land- und Forstwirtschaft
- Abfall- und Abwasserwirtschaft
- Nord-Süd-Zusammenarbeit

Gänzlich Individuell wird es, wenn man sich einzelne Klimakonzepte in deutschen Kommunen, die im Rahmen des vom Bundesumweltministerium bezuschussten Förderprogramms „Klimaschutzkonzepte und „Klimaschutzmanager“<sup>4</sup> erarbeitet wurden, näher betrachtet. Hier haben die Kommunen jeweils die Handlungsfelder benannt, die ihren kommunalen Gegebenheiten am besten entsprechen. Und so werden die allgemeinen Handlungsfelder zum Teil sehr stark abgewandelt. In manchen deutschen Kommunen sind die Handlungsfelder Land- und Forstwirtschaft oder auch Abfallwirtschaft überhaupt nicht mehr präsent, hierfür aber erhält der Energiebereich eine dominierende Stellung. Ein Beispiel hierfür ist die Gemeinde Garching bei München, die folgende Handlungsfelder benannte<sup>5</sup>: „Handlungsfelder Klimaschutz Garching bei München:

- Private Haushalte und Energiesparen im Bestand
- Energiemanagement, kommunale Liegenschaften und Liegenschaften am Campus Garching
- Erneuerbare Energien I – Solar
- Erneuerbare Energien II - Nachwachsende Rohstoffe, Abfallwirtschaft und Geothermie
- Verkehr und Mobilität
- Industrie, produzierendes Gewerbe, Einzelhandel und Dienstleistungen
- Bewusstseinsbildung, Verbraucherverhalten und Öffentlichkeitsarbeit
- Klimaschutzmanagement“

<sup>2</sup> Siehe: Klimaschutz in Thüringen, Analysen, Potenziale, Handlungsfelder, Nov. 2000 siehe: [www.tlug-jena.de/klima/download/klimaschutzkonzept1.pdf](http://www.tlug-jena.de/klima/download/klimaschutzkonzept1.pdf) (20.11.2009)

<sup>3</sup> Siehe Klimabündnis der Städte: [www.localclimateprotection.eu/25.html?&L=1](http://www.localclimateprotection.eu/25.html?&L=1) (20.11.2009)

<sup>4</sup> [http://www.bmu-klimaschutzinitiative.de/de/projekte\\_nki?p=1&d=443](http://www.bmu-klimaschutzinitiative.de/de/projekte_nki?p=1&d=443) (6.1.2010)

<sup>5</sup> Siehe Gemeinde Garching (Bayern) siehe: <http://www.klimakommune-garching.de/handlungsfelder/handlungsfelder.html> (20.11.2009)

Bei allen Unterschieden in der Strukturierung kommunaler Handlungsfelder im Klimaschutz ist eines signifikant: das Handlungsfeld Energie hat eine hervorgehobene Stellung. Nicht selten wird in kommunalen Klimaschutzkonzepten das Handlungsfeld Energie in weitere Unterhandlungsfelder zerlegt, um mehr Klarheit über anstehende Maßnahmen zu gewinnen. So wurde beispielsweise in der Stadt München das Handlungsfeld Energie in die Teilaspekte:

- Energiebedarf in Haushalten, Gewerbe u. Dienstleistungen
- Kommunaler Energiebedarf
- Industrieller Energiebedarf
- Energieumwandlung

zerlegt. Allein das Unterhandlungsfeld Energiebedarf in Haushalten, Gewerbe u. Dienstleistungen spaltete sich folgende weitere Unterhandlungsfelder auf<sup>6</sup>:

„Energiebedarf in Haushalten, Gewerbe u. Dienstleistungen:

- Gebäudesanierung im Altbau
- Energiesparende Neubauten
- Verbesserte Objektversorgung
- Lüftung und Klimatisierung
- Nutzerverhalten
- Beleuchtung in Verwaltungsgebäuden, im Handel und in Schulen
- „Weiße Ware“ – Geräte
- Kommunikations- und Medientechnik in Privathaushalten
- Büro- und Kommunikationstechnik in Verwaltungsgebäuden
- Prozesskälte
- Prozesswärme
- Kraftstrom“

Bei dieser Vielfalt an kommunalen Handlungsoptionen fällt es schwer, diejenigen Handlungsfelder exakt zu bestimmen, die hinsichtlich einer partizipativen Herangehensweise besonders geeignet sind. Denn grundsätzlich ist jedes der bislang aufgelisteten Handlungsfelder in den einzelnen Sektoren und Bereichen auch beteiligungsrelevant. Wichtig ist demzufolge nicht die exakte Bestimmung, welche Maßnahme mehr oder weniger beteiligungsträchtig ist, sondern die Berücksichtigung der Maxime, möglichst umfassend alle Akteure (z.B. Hauseigentümer, Investoren, Unternehmer) eines Handlungsfeldes am Gelingen der Maßnahme überhaupt einzubeziehen und wirksam zu beteiligen.

### **Partizipative Herangehensweise in den Handlungsfeldern des kommunalen Klimaschutzes?**

Maximen der Beteiligung erfordern nicht nur eine große Offenheit in Bezug zur Einwohnerschaft, sondern auch ein Mindestmaß an Methodenwissen bei den Entscheidungsträgern der Kommune. Insgesamt gehören u. a. folgende Voraussetzungen zu erfolgreichen Bürgerbeteiligungsprozessen:

- eine grundsätzliche Offenheit und Wertschätzung für Beteiligungsprozesse in kommunalen Angelegenheiten,

---

<sup>6</sup> Siehe: kommunaler Klimaschutzbericht München, siehe [www.emissionshandelfichtner.de/pdf/Kommunaler\\_klimaschutz\\_Muenchen\\_01\\_2005.pdf](http://www.emissionshandelfichtner.de/pdf/Kommunaler_klimaschutz_Muenchen_01_2005.pdf) (20.11.2009)

- die Bereitschaft, Ergebnisse von Partizipationsprozessen zu respektieren,
- die Beantwortung der Frage, ob durch den Beteiligungsprozess das anstehende Problem überhaupt gelöst oder zumindest zu einer Lösung beigetragen werden kann?
- eine gewisse Ausstattung des Beteiligungsprozesses mit entsprechenden Ressourcen (materiell, personell) sowie
- ausreichend Engagement auf Seiten der Bürger.

Für die kommunal Verantwortlichen sollten folgende Fragen am Beginn eines Beteiligungsverfahrens geprüft und beantwortet werden:

- Welches Ziel soll mit dem Beteiligungsprozess erzielt werden?
- Welche Verbindlichkeit haben die Ergebnisse des Beteiligungsprozesses?
- Welche Methode ist geeignet?
- Welche Mittel sind hierfür erforderlich?
- Wer kann man einen solchen Prozess konzeptionieren, organisieren und moderieren?

Für alle Handlungsfelder des kommunalen Klimaschutzes gibt es Beispiele erfolgreich durchgeführter Beteiligungsprozesse. Die Klimaschutzdebatte kann dabei auf die seit den 90ziger Jahren entstandenen Beteiligungserfahrungen im Rahmen der Lokalen Agenda sowie der Nachhaltigkeitsdiskussionen zurück greifen. Die meisten positiven Erfahrungen existieren demnach in den so genannten kooperativen und überwiegend freiwilligen Beteiligungsprozessen, beispielsweise bei der Aufstellung von Plänen, Konzepten oder auch einer Lokalen Agenda. Darüber hinaus gibt es aber auch gesetzlich vorgeschriebene Beteiligungsverfahren, die in viele Handlungsfelder des kommunalen Klimaschutzes hineinragen.

Allgemein können die Beteiligungsprozesse im kommunalen Klimaschutz in folgende Bereiche unterteilt werden:

#### **a) Herkömmliche Ansätze:**

Hierzu zählen Informationsveranstaltungen, Bürgergespräche oder Infoabende. Vorteil dieser Aktivitäten ist der vergleichsweise geringe Aufwand an Vorbereitung und sonstigen Ressourcen. Dagegen steht der Nachteil der Einmaligkeit und somit zumeist der Verdacht einer Alibi-Veranstaltung ohne weitere Rückkopplung. Aus der Sicht der Bürger ist zudem die Möglichkeit der Beteiligung begrenzt, da es in solchen Runden hauptsächlich um die Informationsweitergabe geht. Diese ist bekanntlich die Grundvoraussetzung für Beteiligung. Wenn sich die Veranstaltung aber darin erschöpft, als Informationsaustausch zu fungieren, kann von echter Beteiligung eigentlich nicht gesprochen werden. Sinn machen Formate der herkömmlichen Ansätze dann, wenn Sie eingebunden sind in mehrstufige Verfahren und Prozesse.

#### **b) Öffentlichkeitsbeteiligung in förmlichen Verfahren (Bebauungsplanverfahren oder Genehmigungsverfahren nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz)**

Die Beteiligung der Öffentlichkeit erfolgt in den gesetzlich vorgeschriebenen Verfahren nach genau definierten Verfahrensschritten. Diese sind Bekanntmachung des Vorhabens, Auslegung der Unterlagen, Einsichtnahme in die Unterlagen, Einwendungen zum Vorhaben,

Erörterungstermin und ggf. weitere juristische Schritte.<sup>7</sup> Der Vorteil eines solchen Beteiligungsprozesses liegt in seinem klaren Modus, in seinem verbindlichen Ablauf. Allerdings sind die starren Verfahrensregelungen zugleich auch hinderlich, vor allem dann, wenn die Behörden aus formalen Gründen nicht von den gesetzlich normierten Abläufen abweichen wollen und können. Wie im Leben normaler Weise üblich, wird bei einer geänderten Lage auch der Diskussionsprozess angepasst und neue Fragen werden in den Prozess integriert. Dies ist bei den formalen Beteiligungsmöglichkeiten nur zum Teil möglich und führt daher häufig zu Frustrationen bei den beteiligten Bürgern. Zu selten werden Bürger zudem in formalen Beteiligungsprozessen als Hinweisgeber gesehen. In der Regel werden Bürger in den förmlichen Verfahren als Gegner des Vorhabens wahrgenommen und entsprechend verhärtet ist auch das Diskussionsklima.

### **c) Verfahren der Direkten Demokratie (Bürgerbegehren, Bürgerentscheide, Volksbegehren und Volksentscheide, Volksinitiativen):**

Ein häufig genutztes Instrument der direkten Bürgerbeteiligung in der Bundesrepublik stellen Bürger- und Volksbegehren dar. So sind insgesamt 31,2 % aller Bürgerbegehren in der Bundesrepublik Deutschland im Zeitraum von 1956 bis 2007 in den Bereichen Verkehr und Öffentliche Infrastruktur sowie Versorgungseinrichtungen anzusiedeln.<sup>8</sup> Klimaschutzaspekte haben also schon immer – meistens nicht unter diesem Etikett – eine große Rolle in kommunalen Fragen gespielt. Der Vorteil der direkten Beteiligung ist der umfassende Diskussionsprozess und damit die Einbindung aller Bürger in die betreffende Fragestellung. Ebenso ist die Verbindlichkeit der Ergebnisse zumeist abgesichert. Allerdings ist nicht jede Frage gleichermaßen für Bürger- oder Volksbegehren geeignet. Auch ist der Aufwand zum Betreiben solcher Verfahren entsprechend groß und nicht nebenbei zu betreiben.

### **d) Mehrstufige kooperative Verfahren:**

Diese Form der Beteiligung ist die am häufigsten praktizierte im kommunalen Klimaschutz. Es gibt einige methodische Grundformen der Beteiligung, die variantenreich und auf die spezielle Fragestellung häufig zugeschnitten wird. In der nachfolgenden Übersicht werden einige der gängigsten Methoden mit Einsatzbeispielen benannt:

- Runde Tisch Verfahren (Energietische in Bensheim, Dessau, Heidelberg)
- Zukunftswerkstätten (Lokale-Agenda-Prozesse)
- Planungszelle (Bürgergutachten ÖPNV-Hannover) und Konsensus bzw. Bürgerkonferenz (Nanotechnologie, Gendiagnostik)
- Bürgerforen (Entwicklung ÖPNV)
- Zukunftskonferenzen (Visionen entwickeln, Ziele bestimmen)

Der Vorteil solcher Verfahren im Vergleich zu den bislang aufgezählten Beteiligungsmöglichkeiten ist es, auch vergleichsweise komplexere Probleme und Fragestellungen bearbeiten zu können. Auch haben mehrstufige Verfahren zumeist eine höhere Repräsentativität als Informationsveranstaltungen und Expertenrunden. Sie gehen zudem mit einer deutlich höheren öffentlichen Wahrnehmung und damit Wirksamkeit einher. Der Nachteil dieser Verfahren liegt darin, dass sie vergleichsweise zeitintensiv und damit aufwendig sind, einen externen Moderator und ein Konzept benötigen, was Kosten

<sup>7</sup> Siehe hierzu ausführlich: Michael Zschiesche, Einmischen – rechtliche Wege der Bürgerbeteiligung im Umweltschutz, 6. Auflage, Berlin 2008

<sup>8</sup> Siehe: Erster Bürgerbegehrensbericht Deutschland 1956-2007, S. 20

---

verursacht. Zudem muss am Anfang eines solchen Prozesses abgeklärt werden, wie mit den Ergebnissen eines solchen Bürgerbeteiligungsprozesses umgegangen wird. In jedem Fall sollte sich ein solches Verfahren an folgenden Kriterien und mithin auch Erfolgsfaktoren der Bürgerbeteiligung messen lassen:

Erfolgsfaktoren für Bürgerbeteiligung und somit auch für Beteiligung im kommunalen Klimaschutz:

- Legitimität
- Effektivität der Leistungserbringung
- Demokratische Qualifikation der Bürger
- Bildung von Sozialkapital – Stärkung der Zivilgesellschaft

Wenn sich die Beteiligungsverfahren an diesen Faktoren orientieren, sollten Sie auch zu produktiven Ergebnissen gelangen können. Der oftmals empfundene Handlungsdruck hinsichtlich durchzuführender Klimaschutzmaßnahmen in den Kommunen sollte allerdings nicht dazu führen, Beteiligung zu eliminieren. Gerade für die Auswahl von geeigneten Klimaschutzmaßnahmen aus einem sehr großen Strauß an generellen Möglichkeiten ist die Einbeziehung der Bürger in den Kommunen elementar und sinnstiftend. Hier kann der kommunale Klimaschutz neben der CO<sub>2</sub>-Problematik auch noch das kommunale Kommunikationsklima und somit die Kultur des Miteinanders positiv gestalten.

*Michael Zschiesche leitet das Fachgebiet Umweltrecht & Partizipation am Unabhängigen Institut für Umweltfragen e.V. [recht@ufu.de](mailto:recht@ufu.de), [www.ufu.de](http://www.ufu.de)*

## Impulse für kommunale Handlungsoptionen – kommunale Energiewirtschaft

*Nadine Helwig*

(Mitschnitt)

Was kann die lokale Energiewirtschaft tun? Wenn man von Klimaschutz spricht, ist die Währung von der man dann spricht CO<sub>2</sub>, bzw. CO<sub>2</sub>-Reduktion. Der Energiewirtschaft wird in diesem Zusammenhang ein großer Anteil zugesprochen. Sicherlich löst die Energiewirtschaft einen Großteil CO<sub>2</sub>-Emissionen aus, hat aber auch einen großen Anteil daran, diese CO<sub>2</sub>-Emissionen zu senken. Und Stadtwerke haben über ihre lokale Verankerung und regionale Verantwortung, die sie auch wahrnehmen, einen wichtigen Anteil daran, Maßnahmen umzusetzen – im Dialog mit der Kommune und im Auftrag der Kommune, die ja der Eigentümer ist. Ich möchte meinen Vortrag wie folgt gliedern: Zuerst möchte ich Ihnen kurz vorstellen, was regionale Energieversorgung bedeutet, wer der VKU ist, was Stadtwerke sind, wo wir uns in Deutschland bewegen. Anschließend werde ich auf die Rahmenbedingungen aus Sicht der Kommunalwirtschaft eingehen. Da haben wir heute schon einiges gehört und können etwas schneller darüber hinweggehen, um dann gleich zur Rolle der Kommunalwirtschaft zu kommen. Ich bin gebeten worden, auch konkrete Beispiele zu nennen und werde das auch tun: eines aus der Region und eines von etwas weiter her. Da bestehen viele Ansätze, wo es funktioniert, wo dann auch im Dialog mit der Kommune viele Projekte angestoßen werden.

Wer ist der **VKU**? Wir sind die Interessensvertretung der kommunalen Energiewirtschaft, aber auch der Ver- und Entsorgung, was Wasser-, Abwasser- und Abfallwirtschaft betrifft. Wir haben derzeit 1.361 Mitgliedsunternehmen - Tendenz steigend vor dem Hintergrund der Rekommunalisierung. Es wird immer von den großen Energiekonzernen gesprochen, die Deutschland als „Besatzungszonen“ unter sich aufgeteilt haben. Im Endkundenmarkt sieht das ein bisschen anders aus. In der Energieversorgung haben wir einen Anteil von über 50 Prozent an der Endkundenversorgung. Das gestaltet sich also auf der regionalen Ebene doch etwas anders, als es häufig in den Medien dargestellt wird. Worauf sich dieses Oligopol der großen Energieversorger auf jeden Fall zu Recht bezieht, ist die Energieerzeugung.

Um Ihnen zu verdeutlichen, was die Kommunalwirtschaft eigentlich ausmacht: Unsere Mitgliedsunternehmen erwirtschaften 71,7 Mrd. Euro Jahresumsatz, fast so viel wie E.ON. Ich denke, das kann sich sehen lassen. Wir lassen unsere Gewinne aber in der Region, die kommen dem Kämmerer zugute. Wir haben heute auch schon drüber gesprochen, dass die klamme Haushaltssituation Vieles schwieriger macht. Die Gewinne, die kommunale Unternehmen erwirtschaften, bleiben in der Region, gehen nicht an einen anonymen Anteilseigner, sondern direkt an den Kämmerer, der dann wiederum andere Projekte fördern kann oder auch im Querverbund den ÖPNV.

Vertrauen ist heute auch schon erwähnt worden. Es gibt eine Umfrage, die wir gestartet haben. Wir haben seit langem hohe Umfragewerte, was Vertrauen betrifft. Nur der Bundespräsident, es sei ihm gegönnt, ist in den Vertrauenswerten noch etwas höher. Gerade in Zeiten der Krise sind wir auf die 81 Prozent, wie die letzte Umfrage ergeben hat, sehr stolz. Wir liegen damit noch vor den Sparkassen, die ja auch in der Finanz- und Wirtschaftskrise die einzigen sind von den Banken und Konzernen, die ein bisschen

gewonnen haben. Ansonsten ist als Ergebnis dieser Umfrage zu nennen, dass sich die Mehrzahl der Befragten gegen Konzernstrukturen und Privatisierung ausspricht und mehr auf örtliche **Stadtwerke** setzt, weil eben auch verstärkt eingefordert wird, für globale und übergreifende Probleme lokale Lösungen zu entwickeln.

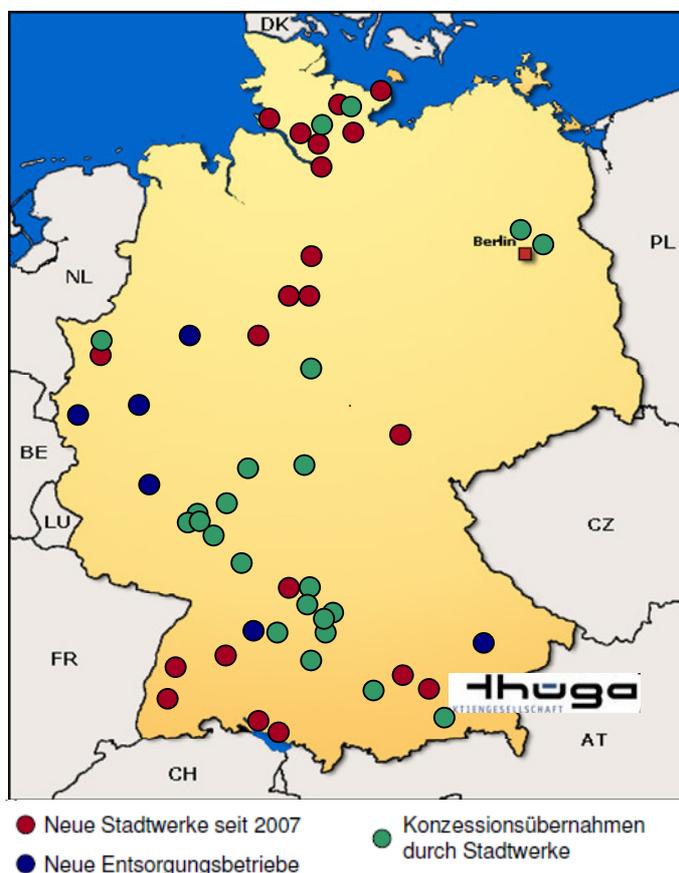
Rekommunalisierung ist ein wichtiges Thema, manche sprechen sogar von einer Renaissance. In den 90er Jahren hatten wir ja den gegenläufigen Trend, der mit dem Verkauf des Tafelsilbers einherging. Da gab es viele Stadtwerke, die an Energiekonzerne verkauft worden sind. Und in den neuen Bundesländern haben wir noch eine etwas andere Situation. Nach der Wiedervereinigung war die Frage, ob man die Netze wieder zurück an die Kommune gibt, ob man Stadtwerke gründet? Und da war es auch ein Verdienst des VKU, der schon über 60 Jahre alt ist, das versucht wurde, nicht alles den großen Konzernen zuzusprechen, sondern das auch Initiativen gestartet wurden, kommunale Stadtwerke zu gründen. Wir haben hier vor allem in Dresden und Leipzig große kommunale Unternehmen, die auch sehr erfolgreich arbeiten. Aber auch in vielen kleineren Kommunen sind Stadtwerke gegründet worden und haben den Einfluss oder die Partnerschaft zwischen Kommune und Stadtwerk eindeutig bewiesen. Als

Beispiele seien hier Straußberg, Potsdam und Schwedt genannt. Einige weitere Beispiele werde ich Ihnen nachher auch noch vorstellen. Vielleicht noch eine Zahl am Rande: 20 Neugründungen haben wir gerade in diesem Jahr verfolgt, das sind die roten Punkte. Da wurden seit 2007 direkt neue Stadtwerke gegründet. Grün sind die Konzessionsübernahmen. In den nächsten zwei Jahren werden mehr als 2.000 Konzessionsverträge auslaufen. Und wir möchten die Diskussion anstoßen, die Konzession nicht dem bisherigen Betreiber oder dem einzigen Bewerber sofort zuzusprechen, sondern die Chance zu nutzen und abzuwägen, beispielsweise mit der Nachbargemeinde zusammen zu

gehen oder ein eigenes Stadtwerk zu gründen, welches die Netze dann bewirtschaftet.

Welche **Rahmenbedingungen** sind

aus unserer Sicht besonders wichtig? Der internationale Klimaschutz ist schon angesprochen worden. Auch die europäische Klimaschutzpolitik wird zunehmend wichtiger, weil die Vieles vorgibt, was dann auf kommunaler Ebene umgesetzt werden muss. Wir haben Ende Oktober durch den Umweltministerrat erstmals bestätigt bekommen, dass es auf kommunale Gebietskörperschaften zukommen wird, Konzepte zu finden, um auf lokaler



*Neue Stadtwerke*

*Grafik: VKU, Karte www.eu2006.at*

Ebene den Klimaschutz voran zu bringen. Im Integrierten Energie- und Klimaprogramm der Bundesregierung hat sich das im Jahr 2007 und 2008 herauskristallisiert. Das Erneuerbare-Energien-Wärme-Gesetz wird Ihnen sicherlich etwas sagen oder auch das Erneuerbare-Energien-Gesetz. Das sind wichtige Meilensteine, unter denen wir dann auch agieren.

Welche **Aufgabenstellungen** haben sich für Stadtwerke herauskristallisiert? Das sind der Ausbau der dezentralen Energieversorgung, die Erhöhung der Energieeffizienz und der Ausbau der erneuerbaren Energien. Auch die neue Bundesregierung hat sich ein ambitioniertes Aufgabenportfolio gegeben. Sicherlich interessant an dieser Stelle die deutsche Anpassungsstrategie an den Klimawandel, aus dem, was auch von EU-Seite vorgegeben wird. Aber auch die Demographiestrategie ist sicherlich gerade in den neuen Bundesländern ein wichtiger Aspekt, um hier übergreifende Konzepte zu entwickeln. Die Demographie ist in der Wasserversorgung und auch in der Energieversorgung ein wichtiger Faktor, der mit bedacht werden muss.

**Was können Stadtwerke tun?** Wir haben hier vor allem die Möglichkeit, über ineinandergreifende Maßnahmen tätig zu werden. Die Stadtwerke können den Kunden anhand konkreter Daten, die ja das Stadtwerk über ihn hat, beraten, wo er Energie einsparen kann, wo er langfristig seine Energiekosten senken kann. Aber ein ganz wichtiger Faktor ist auch die effiziente Nutzung von Energie. Ihm beispielsweise über Energiedienstleistung und Contracting, durch effiziente Geräte, über Steckerleisten mit Abschaltfunktion und ähnlichem die Möglichkeit zu geben, Energie effizienter zu nutzen. Aber auch gegenüber der Kommune gibt es viele Möglichkeiten. Die Kommune ist ein wichtiger Auftragnehmer für Stadtwerke, wenn es beispielsweise darum geht, kommunales Contracting anzustoßen und die Kommune in die Lage zu versetzen, ihre Vorbildfunktion wahrzunehmen. Ein weiterer wichtiger Punkt ist der Einsatz erneuerbarer Energien. Da werde ich Ihnen gleich noch ein Beispiel geben. Es sollen bei der Energieerzeugung vorrangig erneuerbare Energien eingesetzt werden. Auch die Ökostromangebote sind sicherlich ein wichtiger Faktor, um CO<sub>2</sub>-Emissionen nachhaltig zu senken und in der Kommune bestimmte Klimaschutzziele umzusetzen. Wichtig ist hierbei noch zu betonen, dass Energiedienstleistungen und Contracting einen wesentlichen Anteil daran haben können, den Markt für grüne Produkte, den der Bürger auf der Nachfrageseite verstärkt, anzugehen. Diese marktgetriebene Umsetzung ist sicherlich ein sehr interessanter Aspekt. Wir haben als Stadtwerke und Energieversorger ja ein homogenes Gut: Strom. Strom verkauft jeder. Strom ist zwar gelb, sagen manche, aber was dann tatsächlich aus der Steckdose rauskommt, ist für jeden individuell, aber ein homogenes Gut. Und deshalb kommt es für die Energiewirtschaft und die Stadtwerke zukünftig darauf an, neue Geschäftsfelder zu erschließen – neue Geschäftsfelder mit Wertbeitrag sicherlich, aber auch welche, die dann langfristig Klimaschutzaspekte berücksichtigen. Alles, was heute ökologisch ist, wird später auch ökonomisch sein.

Es entsteht eine so genannte Win-Win-Situation. Stadtwerke mit der Förderung von Energieeffizienzmaßnahmen beim Verbraucher und der Entwicklung von Energieeffizienzmärkten übernehmen eine zentrale Rolle bei der Zielerfüllung auf lokaler Ebene. Andererseits gibt es eine Verbesserung der Marktposition kommunalwirtschaftlicher Unternehmen durch Kompensation von Umsatz- und Erlöseinbußen im Kerngeschäft. Die Politik wird in die Lage versetzt, Energieeffizienzmaßnahmen beim Verbraucher zu fördern und eigene lokale Konzepte umzusetzen, die dann wiederum auch in die kommunale CO<sub>2</sub>-Bilanz eingehen können.

Wir sehen Stadtwerke und Kommune als kommunales Kompetenzzentrum zusammen mit anderen Akteuren, die auf lokaler Ebene dann auch als Multiplikatoren wirken können, wie die Wohnungswirtschaft und das Handwerk. Wenn wir beispielsweise im Kundenzentrum mit dem Kunden überein kommen, dass es am günstigsten ist, wenn man damit beginnt, das Haus zu dämmen, dann wird das Stadtwerk nicht hinaus fahren und die Wand streichen oder das Haus dämmen, sondern dann wird es den Auftrag an das lokale Handwerk geben und damit auch die Wertschöpfung in der Region anregen und die Akteure auf kommunaler Ebene vernetzen. Die Kommunen werden darüber hinaus in die Lage versetzt, ihre Vorbildfunktion im Klimaschutz wahrzunehmen.

Zu den Stadtwerken in Brandenburg: Es sind 27 Mitgliedsunternehmen im Energiebereich mit einem Umsatz von 3,3 Mrd. Euro und Investitionen von 481 Mio. Euro pro Jahr, die wir in Brandenburg zu verzeichnen haben. Stadtwerke in Brandenburg sind mit 15.100 Mitarbeitern und über 296 Auszubildenden ein wichtiger Arbeitgeber – sowohl unmittelbar als auch mittelbar über z.B. die angesprochenen Kooperationen mit dem Handwerk. Und sie können so zur regionalen Wertschöpfung beitragen.

Zwei **Nutzungsbeispiele** habe ich Ihnen noch mitgebracht: Erstens zum Thema erneuerbare Energien und zweitens zu der Frage, was man tun kann, um die effiziente Energienutzung voranzutreiben. Das erste Beispiel zu erneuerbaren Energien kommt von etwas weiterer Entfernung, nämlich aus Hannover. Die Stadtwerke Hannover haben sich den Markennamen *energcity* gegeben und sind daher nicht gleich kenntlich als Stadtwerke. Sie haben zusammen mit fünf Landwirten, die sich zur Biogas Ronnenburg GmbH zusammengeschlossen haben, begonnen, das Biogas, das in dieser Biogasanlage aufbereitet wird, zu kaufen und auf Erdgasqualität aufzubereiten, um dieses dann in das normale Erdgasnetz einzuspeisen. Das Biogas wird in einem Blockheizkraftwerk verstromt. Anders als bei anderen Generatoren wird die Wärme, die dabei entsteht, nicht einfach in die Umwelt entlassen, sondern genutzt, um Wärme und Warmwasser für 600 Haushalte bereitzustellen.

Das zweite Beispiel ist die *en.regio GmbH*, die sich erst neu mit Sitz in Potsdam gegründet hat. Die beteiligten Stadtwerke EWE AG, Städtische Werke Angermünde GmbH, Stadtwerke Bernau GmbH, Stadtwerke Ludwigsfelde GmbH und Stadtwerke Strausberg GmbH verstehen sich als wichtige kommunale Klimaschutzakteure. Durch moderne Technik und den Einsatz schonender Energieträger setzen sie sich nachhaltig für den Umweltschutz ein. Die Stadtwerke haben sich zusammengeschlossen, um neue Synergien zu erschließen und in der Kooperation ihr Know-How zusammenzuführen. Ganz konkret wurde ein Feldversuch für intelligente Zähler aufgelegt, um an einem kleinen Pilotprojekt zu üben, was man ab 2010 für viele Kunden ohnehin anbieten muss, nämlich intelligente Zähler, die die Möglichkeiten geben, zu schauen, wo wie viel Energie verbraucht wird.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Stadtwerke erwirtschaften eine doppelte Dividende für die Kommune - einerseits im Klimaschutz, wo Stadtwerke Partner der Politik und Werbung für Kommunen sind; andererseits gibt es die Möglichkeit, wirtschaftliche Impulse für die Region zu starten. Dazu gehören der wirtschaftlicher Nutzen durch Zusammenarbeit in lokalen Netzwerken (Handwerk, Baugewerbe etc., wo mittelbar und unmittelbar Arbeitsplätze gefördert werden), Standortfaktoren und Gewinnausschüttung – das freut den Kämmerer. Eine Einschränkung gibt es noch – das ist vorhin auch schon kurz angeklungen: Es gibt durch die Gemeindeordnung oft die Einschränkung, dass Stadtwerke nur auf dem Gemeindegebiet agieren dürfen, und dadurch eben nicht die gleichen Startchancen und

Chancen im Wettbewerb haben, wie beispielsweise die Energiekonzerne. Gute Ideen sollte man eigentlich in die Breite tragen.

Als letztes möchte ich noch kurz darstellen, was der VKU für seine Mitgliedsunternehmen macht. Wir unterstützen die Stadtwerke bei der strategischen Positionierung, gerade was das große Thema Klimaschutz angeht. Wir haben das Projekt „Stadtwerke der Zukunft“ aufgelegt. Da werden seit 2005 verschiedene strategische Handlungsoptionen überprüft. Begonnen haben wir mit Szenarienbetrachtungen für das Jahr 2010/2015, wie sich Stadtwerke entwickeln sollten, um im Wettbewerb zu bestehen. Da ist das Stadtwerk als Klimaschutzakteur ein wesentlicher Bestandteil. Kooperationen sind eine weitere wichtige Strategie, um im Wettbewerb zu bestehen: Was man alleine nicht oder nur unwirtschaftlich kann, das kann man mit einem Kooperationspartner vielleicht umsetzen. Besonders optimistisch stimmt uns, dass Stadtwerke verstärkt wieder Netzkonzessionen übernehmen, die vorher bei großen privaten Energiekonzernen lagen. Die Studie zu den Handlungsoptionen bei auslaufenden Konzessionsverträgen können Sie sich auf unserer Homepage gern herunterladen. Sie steht allen kostenlos zur Verfügung. Es ist eine Diskussionsgrundlage, die sich gerade auch an Kommunalpolitiker richtet, um in die Diskussion einzusteigen. Wir sagen nicht, dass in jedem Fall eigene Stadtwerke gegründet werden sollen - das muss von Fall zu Fall betrachtet und diskutiert werden. Aber wir wollen die Aufmerksamkeit auf die Chancen lenken, die damit verbunden sein können, die Energienetze in kommunaler Hand zu betreiben.

Im Projekt Infracatur haben wir in Zusammenarbeit mit dem Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie alle Sparten betrachtet, also auch die Abfallwirtschaft beispielsweise, wie sie sich im Klimaschutz aufstellen werden. Und nun bin ich gespannt auf Ihre Fragen, vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

*Nadine Helwig ist Referentin für Energie- und Klimaschutzpolitik im Verband kommunaler Unternehmen e.V. [Helwig@vku.de](mailto:Helwig@vku.de), [www.vku.de](http://www.vku.de)*

## Kommunale Handlungsoptionen – Gebäudemanagement

*Klaus Kist*

(schriftlicher Tagungsbeitrag)

Gebäudemanagement ist ein wichtiges Handlungsfeld im kommunalen Energie- und Klimaschutzmanagement. Im Folgenden wird kurz der Arbeitskreis (AK) Energie des Deutschen Städtetages vorgestellt sowie auf das CO<sub>2</sub>- Reduktionsziel und seine Konsequenzen eingegangen. Des Weiteren werden Aufgaben des Energiemanagements /Gebäudemanagements beleuchtet und Hinweise zum kommunalen Energiemanagement gegeben. Der Schwerpunkt wird dabei auf den Themen Energieausweise und alternative Finanzierung - Energieeinsparcontracting (ESC) liegen.

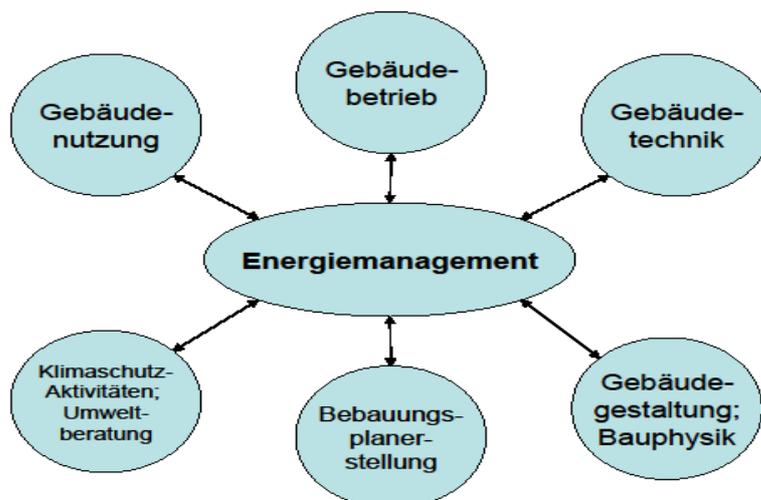
Der **Arbeitskreis Energie** besteht seit Anfang der 1990er Jahre. Dem AK Energie gehören gegenwärtig über 30 Mitglieder aus unterschiedlich großen Kommunen an (z.B. Aachen, Frankfurt a. M., Kaiserslautern, Leipzig, Mainz, Peine, Ulm, Wuppertal). Jährlich werden zwei Sitzungen (Frühjahr und Herbst) durchgeführt. Ein Schwerpunkt seiner Arbeit ist, Hinweise zum kommunalen Energiemanagement zu erarbeiten, von denen gegenwärtig nahezu alle überarbeitet werden. Darüber hinaus werden Erfahrungen und Erkenntnisse über Pilotprojekte, neue Technologien etc. ausgetauscht. Auch begleitet der AK die jährlich stattfindenden Fachkongresse der kommunalen Energiebeauftragten (2009: Münster, 2010: Regensburg).

Während in der Vergangenheit das Einführen des Energiemanagement mehr unter wirtschaftlich-fiskalischen Gesichtspunkt diskutiert wurde, rücken Handlungsoptionen, den Klimaschutz zu verbessern, in den Vordergrund.

Denn wissenschaftliche Untersuchungen kommen zum Ergebnis, dass die **kritische Grenze der Klimaerwärmung** bei 2° C gegenüber dem vorindustriellen Niveau liegt. Als Konsequenz daraus muss es den Industriestaaten gelingen, die CO<sub>2</sub>-Emissionen drastisch zu reduzieren. Das G 8-Ziel lautet, die Treibhausgase bis 2050 um 95% gegenüber 1990 zu reduzieren. Der Anteil der Gebäudewärme am Endenergieverbrauch im Gebäudebestand liegt bei etwa 35%; daher bildet dieser Verbrauchssektor einen Schwerpunkt in der Energie- und Klimaschutzpolitik.

Um dem Klimawandel zu begegnen, ist die konsequente Reduzierung des Energiebedarfs erforderlich. Das bedeutet, dass Maßnahmen, die die Energieeffizienz an der Gebäudehülle und in der Anlagentechnik erhöhen, umzusetzen sind. Zu beachten ist, dass der Sanierungszyklus bei der Gebäudehülle ca. 30 - 40 Jahre beträgt.

Deshalb und aus Gründen des Ressourcen- und Klimaschutzes sowie der Kosteneinsparung ist der Aufbau eines organisatorischen und technischen Energiemanagements unter der Leitung einer/eines Energiebeauftragten sinnvoll und notwendig. Das Betreuen des Energiemanagements sollte als Hauptaufgabe begriffen werden und nicht als „Nebentätigkeit“. Zudem weisen Untersuchungen nach, dass sich solche Stellen selbst tragen. Die Grafik vermittelt die wesentlichen Elemente des Energiemanagements.



**Abb.4 Einflussbereiche des Energiemanagements**

*Einflussbereiche des Energiemanagements  
Abbildung: Entwurf Hinweis zum kommunalen  
Energiemanagement Ausgabe 4*

### **Grundlegende Aufgaben des Energiemanagements**

Hierzu zählen u. a. die Verbrauchserfassung (Energieverbräuche, -Kosten, Tarife, Sonderverträge), die Erfassung der damit verbundenen Treibhausgasemissionen – insbesondere CO<sub>2</sub>-, das Beschaffungswesen (Vertrags- und Abrechnungswesen), Optimierung Anschlussleistungen, Ermittlung von Energiekennwerten (Benchmarking) sowie das Berichtswesen (Erfolgsdarlegung in der Verwaltung, Politik, Bezirk). Darüber hinaus umfasst das Energiemanagement die Betriebsüberwachung (um überhöhte Verbräuche zu vermeiden), Kontrolle von Energiespar- und Instandhaltungsmaßnahmen einschließlich baulichen Sanierungsmaßnahmen. Ggf. sind Sanierungsmaßnahmen aufgrund von erzielbaren Einsparungen vorzuziehen). Weitere Aufgaben sind Gebäudeanalysen (Grob- bzw. Feinanalysen, Abschätzung Investitionskosten), die Neubauplanung (Anwendung innovativer Techniken, Minimierung der Folgekosten) und die Finanzplanung Energieträgeraustausch, (Eigenfinanzierung/Fremdfinanzierung). Letztendlich gehört auch die Kommunikation dazu (Gewerke sind einzubinden, tue Gutes und rede darüber), wie auch Nutzerschulungen (Hausmeisterschulung, Nutzerschulung) und weitere Fortbildungen (Erfahrungsaustausch, Mitarbeiterfortbildung).

### **Maßnahmen zur Energieeinsparung in Gebäuden**

Bei umfangreichen Sanierungsmaßnahmen ist die Entwicklung eines energetischen Gesamtkonzepts Voraussetzung. Bei der Gebäudehülle spielen insbesondere Fassadendämmung, Fensteraustausch sowie Dachsanierung eine Rolle. Bei der Anlagentechnik ist die Kesselleistung an den verringerten Wärmeenergiebedarf anzupassen. Versorgungsvarianten sind zu prüfen, wobei der Einsatz erneuerbarer Energien einzubeziehen ist. Sparpotenziale finden sich auch im Stromeinsatz. Das gilt sowohl bei Pumpen, Klima-/Lüftungsanlagen als auch bei der Beleuchtung. Die Gebäudeleittechnik und Gebäudeautomation sind wichtige Steuerungsinstrumente des Energiemanagements. In

ihrer Wirkung nicht zu unterschätzen sind Maßnahmen zur Nutzermotivation. Damit lassen sich nichtinvestiv etwa 10% Energie sparen.

Einige Kommunen haben beschlossen, Neubauten im Passivhaus-Standard zu errichten. Die durchschnittlichen Mehrkosten liegen je nach Gebäudekonzept lediglich etwa 5% - 10%. Um den Passivhaus-Standard auch im Gebäudebestand zu erreichen, muss mit einem finanziellen Mehraufwand von etwa 20% gerechnet werden.

Die Vorteile liegen auf der Hand. Wegen des geringen Energiebedarfs sind beim Passivhaus-Standard allenfalls nur noch kleine Heizkörper notwendig. Beispielsweise reichen etwa 25 Schüler und Lehrer aus, um einen Klassenraum in der Nutzungszeit ganzjährig ausreichend zu beheizen. Maschinelle Lüftung ist nur für Frischluftzufuhr erforderlich und die Heizsteuerung vereinfacht sich. Bei Ausfall der Heizung – auch über mehrere Tage hinweg – gibt es bei der Nutzung keine unbehaglichen Raumtemperaturen. Klagen über zu kalte Räume dürften damit der Vergangenheit angehören. Zusammenfassend heißt das, Heizkosten spielen nur noch untergeordnete Rolle.

Andere Kommunen haben Energiestandards beschlossen, die über die Anforderungen der EnEV 2007 bzw. 2009 hinausgehen, um auf diese Weise ihren Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.

#### **Probleme und Hemmnisse** – aus der Sicht und Erfahrung des AK Energie

Die geringe personelle Ausstattung und die damit verbundene Arbeitsüberlastung ist ein grundsätzliches Problem. Das wird insbesondere im Zusammenhang mit der kurzfristigen Umsetzung des Konjunkturprogramms II deutlich. Ein „Hinweis zum kommunalen Energiemanagement“, der sich mit dem Thema Personal befasst, wird gegenwärtig bearbeitet. Die Qualifikation des Personals spielt für die Umsetzung eines effizienten Energiemanagements eine wichtige Rolle. Regelmäßige Fortbildungen sind daher unabdingbar. Ein großes Problem bedeuten zudem die oft fehlenden Finanzmittel, obwohl viele Maßnahmen rentierlich sind. Lösungswege bieten sich durch Intracting oder Contracting als Finanzierungsmöglichkeiten an.

Um dem Informationsbedarf zum Aufbau und Umsetzung des Energiemanagements in den Kommunen nachzukommen, verfasst der AK seit 1996 **Hinweise zum kommunalen Energiemanagement**. Diese sind folgenden Gruppen zugeordnet: Grundlagen und Organisation des Energiemanagements, Energiecontrolling, Berichtswesen und Öffentlichkeitsarbeit, Technische Hinweise, Betriebliche Hinweise, Finanzierung und Beschaffung.

Themenbeispiele sind: Einsparung durch Energieverbrauchscontrolling im kommunalen Bestand, Stromeinsparung in öffentlichen Gebäuden, Energiepreisvergleiche (jährliche Erstellung), Energieverbrauchsausweise für öffentliche Gebäude, Energieleitlinien – Planungsanweisungen, Das Energiemanagement im Rahmen, der kommunalen Gebäudewirtschaft, Finanzierung, Organisation, Lüftung (wird demnächst erarbeitet).

Im Folgenden soll noch auf zwei besonders interessante Aspekte des kommunalen Gebäudemanagements hingewiesen werden: Den Energieausweis und das kommunale Energieeinsparcontracting.

**Energieausweise** werden ausgestellt für Wohn- und Nichtwohngebäude. Zu unterscheiden ist der Verbrauchs- vom Bedarfsausweis. Seit 01.07.2009 besteht eine Aushangpflicht in Nichtwohngebäuden mit mehr als 1000 m<sup>2</sup> Nutzfläche und großer Anzahl von Besuchern (Sozialämter, Gesundheitsämter etc.) Es gibt einerseits gesetzlich vorgeschriebene Bestandteile und andererseits individuelle Bestandteile (Verbrauchsverläufe, CO<sub>2</sub>-Emissionen etc.). Je nach Gebäudekategorie sind die Endskalierungswerte des Tachobandes unterschiedlich. Die Vergleichswerte für den Heizenergieverbrauch und den Stromverbrauch können der „Bekanntmachung der Regeln für Energieverbrauchskennwerte und der Vergleichswerte im Nichtwohngebäudebestand“ vom 26. Juli 2009 des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) entnommen werden. Darin sind auch Rechenmethoden und Umrechnungsfaktoren zur Berechnung der NGF etc. enthalten. Grundsätzlich besteht Wahlfreiheit zwischen Bedarfs- und Verbrauchsausweis, Bedarfsausweise sind zwingend erforderlich bei Verkauf, Vermietung oder Sanierung, wenn keine Verbrauchsdaten über drei aufeinander folgende Heizperioden vorliegen. Für die Berechnung des Energiebedarfs im Nichtwohnbereich ist ausschließlich die neue DIN V 18599 anzuwenden, die allerdings einen hohen Berechnungsaufwand mit sich bringt. Die Energieausweise haben eine Gültigkeit von 10 Jahren

Angesichts der knappen Kassen bietet sich als alternatives Finanzierungsinstrument das kommunale **Energieeinsparcontracting**, wie z.B. die Energiesparpartnerschaft Berlin an. Das Prinzip ist relativ einfach: Der Contractor bringt Know-how und nötige Finanzmittel ein, investiert in Anlagen-, Mess- und Regeltechnik, garantiert Einsparungen und die eingesparten Mittel werden zwischen den Partnern geteilt. Geregelt wird das Contracting durch einen Energiespar-Garantievertrag. Was den Status in Berlin betrifft, so sind seit 1996 bereits 24 Energiesparpartnerschaften abgeschlossen worden und über 500 Liegenschaften mit mehr als 1300 Gebäuden werden energieeffizient bewirtschaftet. Die kumulierte CO<sub>2</sub>-Reduzierung beträgt zurzeit ca. 65.000 t/a, der Investitionsumfang beträgt einschließlich Instandhaltung rund 70 Mio. €, die Haushaltsentlastung liegt bei 3,2 Mio. €/a und die garantierte Einsparung bei 12,8 Mio. €/a. Verhandelte Vertragslaufzeiten liegen bei maximal 14 aber minimal 8 Jahren, die CO<sub>2</sub>-Minimierungen je Pool bewegen sich zwischen 908 t/a im Minimum bis 8.300 t/a im Maximum. Zu den Liegenschaften, für die Energiepartnerschaften abgeschlossen sind, gehören in Berlin Schulen und Kindertagesstätten, Oberstufenzentren (allg. bildende Schulen mit Berufsschulen), Rathäuser, Finanzämter, sonstige Büro- und Verwaltungsgebäude, Jugend- und Senioreneinrichtungen, Bibliotheken, Friedhofsgebäude und Forsteinrichtungen, Sportstätten und Schwimmbäder, Fachhochschulen und Universitäten, Justizvollzugsanstalten, Kultureinrichtungen und Krankenhäuser.

Typische Einsparmaßnahmen liegen bei der Wärmeerzeugung (Kesselaustausch, BHKW, Energieträgerumstellung, Reduzierung von Anschlusswerten), der Wärmeverteilung (Erneuerung Heizkreisverteilung, hydraulischer Abgleich, Thermostatventile, Strangventile und der Optimierung der Anlagenfahrweise (Heizkurve, -zeiten, Absenkung) sowie bei der Warmwasserbereitung (Erneuerung der Speicher und reduziertes Speichervolumen, Dezentralisierung, optimierter Anlagenbetrieb durch Temperatur und Zeitschaltung etc.).

Abschließend noch kurz einige Anmerkungen zur Umsetzung des **Konjunkturprogramm II** in Berlin. Das Finanzvolumen einschließlich der Landesmittel beträgt über 630 Mio. €. Bedauerlicherweise können zum Aufbau eines interbasiertes Energiemanagements keine

Mittel zur Verfügung gestellt. Die K II-Mittel sollen bis Ende 2009 zu 40% vergeben sein, was einen hohen Auftragsdruck auslöst. Es zeigt sich bereits eine deutliche Steigerung der Angebotspreise um bis zu 20%. Das hat zur Folge, dass die Maßnahmenumsetzungen geringer ausfallen werden. Problematisch sind zudem die zu geringen personellen Ressourcen, die für eine optimale Umsetzung nicht förderlich sind. Es gibt daher Probleme bei der optimalen Umsetzung. Es wird nach Umsetzung des K II Aufgabe sein, die tatsächlich erreichten Effekte zu ermitteln.

Die Hinweise zum Energiemanagement können herunter geladen werden unter **<http://www.staedtetag.de/10/schwerpunkte/artikel/00008/zusatzfenster22.html>**

*Klaus Kist ist Mitglied des Arbeitskreises Klimaschutz des Deutschen Städtetages und hauptberuflich Referent für Energiemanagement in der Senatsverwaltung in Berlin.*

## Praxisbeispiele Brandenburg – Die Null-Emissionsstrategie des Landkreises Barnim

*Karl-Heinz Aßmann*

(Mitschnitt)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte an die Worte des Vorredners vor der Mittagspause anknüpfen und Sie wieder zurück zur fachlichen Thematik holen. Der Landkreis Barnim ist ein Landkreis, der unmittelbar an die Stadt Berlin angrenzt, mit 180.000 Einwohner dünn besiedelt, schwach entwickelt, ländlich strukturiert. Aber es gibt ein paar bemerkenswerte Dinge, die wir anders machen, als Berlin beispielsweise. Wir sind nicht verschuldet. Wir haben seit 15 Jahren einen ausgeglichenen Haushalt.

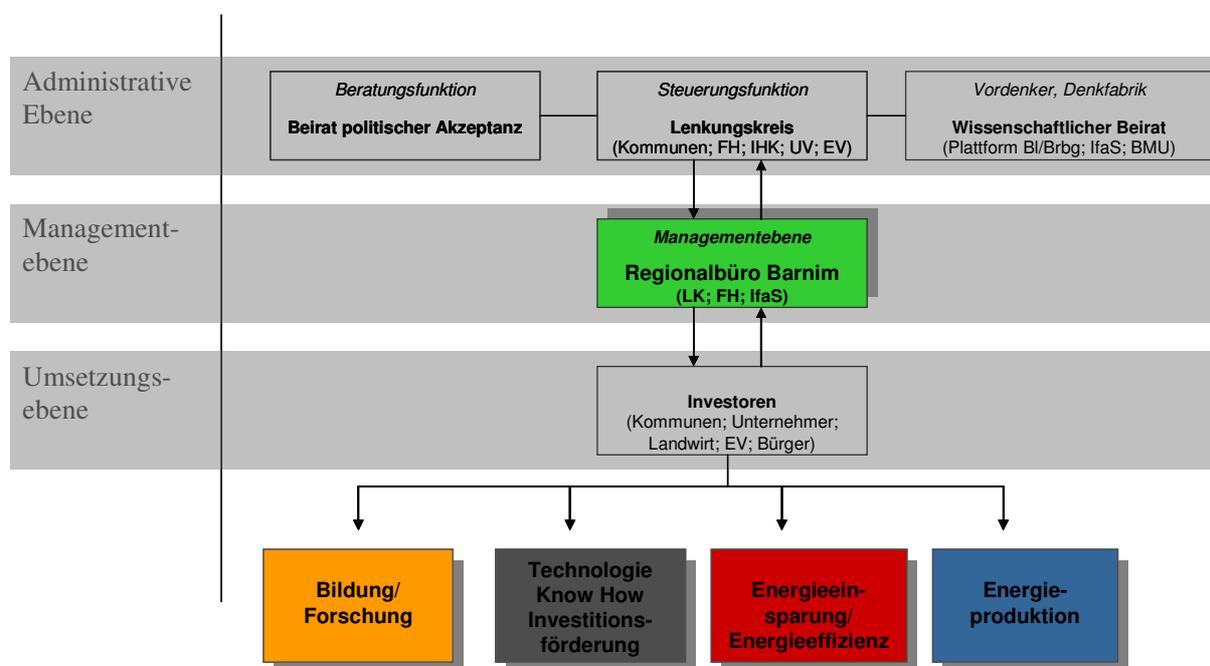
Der Energieausweis, der vorhin hier berechtigter Weise angemahnt wurde, der hängt im Nebenhaus. Dieses Gebäude besteht aus fünf verschiedenen Häusern und wir können den Energieausweis natürlich nur in einem Haus aufhängen.

Zu dem Haus noch einmal ein paar Fakten. Dieses Gebäude, in dem wir heute unsere Tagung durchführen, hat nicht nur Passivhausstandard, der Passivhausstandard wird um 20 Prozent unterschritten. Obwohl wir die Aufgabenstellung für dieses Haus bereits 2002 beschrieben haben. Dieses Haus benötigt nur ein Drittel der Energie eines vergleichbaren Gebäudes. Zweidrittel sparen wir ein durch die Konstruktion. Und dieses eine Drittel kommt komplett aus erneuerbaren Energien. Wir beheizen im Winter und wir kühlen im Sommer aus Geothermie. Dieses Gebäude steht auf Bohrpfählen, die sind 10 Meter tief, 80 cm im Durchmesser und diese Bohrpfähle sind unser Wärmeaustauscher in der Erde. Außer einen Stromanschluss hat dieser Gebäudekomplex keine Energieversorgung. Den Stromanschluss brauchen wir für die Wärmepumpen, die das Gebäude versorgen. Und einen Teil der Energie, die wir für die Wärmepumpen brauchen erzeugen wir selbst. Wir haben vor acht Wochen eine Photovoltaik-Anlage in unserem Parkhaus in Betrieb genommen, die hat eine Leistung von 100 kW p. Zwei Kilometer Luftlinie von hier befindet sich die Deponie des Landkreises Barnim, die ist geschlossen und wird kontrolliert entgast. Das Gas, was wir dort kontrolliert entnehmen, wird verstromt. Und wir produzieren dort fünfmal so viel Strom, wie der gesamte Gebäudekomplex im Jahr zur Nutzung benötigt. Insofern sind wir fast autark.

Zum **Konzept der Umsetzung der Null-Emissionstrategie**. Der Landrat hat ja heute in seinen Einführungsworten schon versucht, diesen Begriff etwas freundlicher darzustellen. Hinter dem Konzept steht, dass es um Versorgungssicherheit in der Region geht, dass es um die Schaffung von Arbeitsplätzen geht und natürlich auch um einen deutlichen Schritt in Richtung von Klimaschutzziele. Ich möchte auch noch mal betonen, dass wir einen ganzheitlichen Ansatz verfolgen. Wir konzentrieren uns nicht nur auf energetische Fragen, sondern wir gehen in dieser Thematik, was den Klimaschutz betrifft, ganzheitlich vor. Das bedeutet wir reden über Energieerzeugung, über erneuerbare Energieerzeugung in der Region, wir reden über Energieeffizienz. Dieses Gebäude ist ein sehr positives Beispiel dafür, dass man mit einem Drittel Energie sogar eine Nutzungssteigerung verbinden kann. Wir reden über Bildung und Forschung, das wurde heute früh berechtigter Weise angemahnt. Wir müssen mehr Jugend und Kinder ansprechen. Und wir reden über technologische Know-How-Entwicklung auch innerhalb des Landkreises.

Viele kommunale Vertreter werden wissen, dass man eigentlich gar keine Chance hat, wenn man diesen komplexen Prozess nicht versucht zu strukturieren. Denn sonst redet man immer wieder über dasselbe und keiner weiß so richtig, wer wofür zuständig ist. Personal fehlt. Geld fehlt. Die Frage ist also, wo man eigentlich ansetzt, um nachvollziehbare Schritte der Entwicklung zu erkennen. Wir haben das bei uns im Barnim so organisiert, dass es erstens eine administrative Ebene gibt, die sich im Prinzip in drei Handlungsfelder unterteilt. Erstens gibt es einen Beirat „Politische Akzeptanz“, der eine beratende Funktion durch die Politik, Fachausschüsse des Kreistags und den Kreistag selber vornimmt. Zweitens gibt es einen Lenkungs-kreis, wo wir die Kommunen, die Fachhochschule Eberswalde, die Industrie- und Handelskammer und natürlich auch Energieversorger mit integriert haben und der die Steuerungsfunktion übernimmt. Und drittens gibt es einen wissenschaftlichen Beirat, die Vordenkerfabrik. Wir haben immer ein Jahresprogramm, aber man muss natürlich sehen, was denn übernächstes Jahr und in drei Jahren gemacht werden muss.

Die zweite Ebene ist die Management-Ebene, auf der täglich gearbeitet wird. Das ist die entscheidende Ebene, denn wenn Sie auf der Management-Ebene niemanden haben, dann passiert auch relativ wenig. Die Dritte Ebene ist die Umsetzungsebene. Investoren aller Couleur – das ist die öffentliche Hand selber, das sind Investoren, das sind die Energieversorger und natürlich nicht zu vergessen, die Bürger, die selber zum Energieerzeuger werden können, wenn sie es denn wollen. Die Investitionen gehen dann in Richtung dieser Handlungsfelder, die ich vorhin schon beschrieben hatte. Ein ganzheitlicher Ansatz ist hier wichtig.



Organisationsebenen Null-Emissionsstrategie Barnim  
Grafik: Landkreis Barnim

Wir haben vor 11 Monaten die Management-Ebene im Landkreis Barnim im Rahmen einer Forschungskoopeation zwischen der Fachhochschule Eberswalde und der Fachhochschule Trier etabliert. Jetzt werden Sie fragen, wieso die Fachhochschule Trier. Die Fachhochschule Trier mit seinem Institut für angewandtes Stoffstrommanagement ist deutschlandweit führend, was das Stoffstrommanagement betrifft. Und im Rahmen unserer Strategieumsetzung spielen Stoffströme eine wesentliche Rolle. Deswegen haben wir mit diesen beiden Fachhochschulen, der lokalen und einer, die sich auf Stoffströme spezialisiert hat, eine Forschungskoopeation abgeschlossen und arbeiten seitdem gemeinsam an der Umsetzung dieser Thematik. Die Managementebene muss natürlich auch personifiziert werden. Unsere Managementebene bilden eine Kollegin aus unserer Verwaltung, eine Abgesandte der Fachhochschule Trier und eine Abgesandte der Fachhochschule Eberswalde, die jeden Tag an der Umsetzung unserer Null-Emissionsstrategie arbeiten.

Was haben wir uns vorgenommen? Wir haben uns konzeptionelle Themen und natürlich auch investive Themen vorgenommen. Das Management selber ist im Prinzip schon etabliert, Öffentlichkeitsarbeit ist ganz elementar, denn Kommunikation ist alles bei dieser Thematik. Wenn nicht entsprechend kommuniziert wird, kommt auch in der Breite nichts an. Da wir ein ländlich strukturierter Landkreis sind, müssen wir natürlich auch unsere Dörfer anvisieren. Haben sie das Potential, sich selbst versorgen zu können, vor allem nachhaltig? Die Schülerinnen und Schüler unseres Landkreises waren uns ganz wichtig. Wir müssen das Thema erneuerbare Energien altersgerecht auf die Klassenstufen und auf den Barnim zugeschnitten so aufbereiten, dass das den Lehrern Spaß macht in den Unterricht einzuführen. Etwas Zukunftsmusik ist noch das dezentrale Energiemanagementsystem. Wenn eine ländliche Region wie hier auf unterschiedliche Art und Weise erneuerbare Energien erzeugt, muss das auch abgestimmt werden mit den Bedürfnissen der VerbraucherInnen und das muss gemanagt werden. Unsere Deponie nannte ich eben schon. Da wird also schon das Gas, was aus der Vergärung entsteht, in Strom umgewandelt. Aber so eine Deponie ist ein riesiger Körper, ein riesiger Berg. Diesen Berg wollen wir zu einem Energiepark umbauen und das wollen wir demnächst auch konzeptionell angehen.

Die guten Erfahrungen, die wir beim Bau dieses Hauses gemacht haben, in dem wir zwei Drittel Energie einsparen, in dem das weitere Drittel aus erneuerbaren Energien kommt und welches auch noch ein bezahlbares Projekt war, wollen wir weiter tragen. Damit ihnen das klar wird, sage ich Ihnen mal, was der Quadratmeter Bruttogeschossfläche hier gekostet hat. Das wird nämlich auch immer mitunter falsch gesehen. Hier hat der Quadratmeter Bruttogeschossfläche 1350 Euro gekostet. Wer vom Bauen was versteht, weiß, dass das nicht üppig ist. Wir haben mit diesem Gebäude den Nachweis angetreten, dass energieeffizientes und ökologisches Bauen nicht teuer sein müssen. Es ist kostenneutral möglich. Sie müssen sich bloß etwas einfallen lassen. Und zwar müssen sie integriert planen. Nicht so wie konventionell, dass erst der Architekt seine Gebäudehülle macht und dann die Fachplaner anlegen und ihre Leitungen kreieren. Wir sind vom ersten Tag an mit allen Fachingenieuren und Architekten an einem Tisch zusammen gekommen und haben für die einzelnen Bauteile für den Bauherren die optimalen Lösungen gemeinsam entwickelt.

Zu unserem ersten **Teilkonzept Öffentlichkeitsarbeit**. Wir haben Ende August eine Kampagne gestartet, die natürlich auch alle ansprechen soll.

## die Zukunft ist **ERNEUER:BAR**

Und wir haben die Kampagne genannt, „Die Zukunft ist erneuer: (dass soll natürlich die erneuerbaren Energien hervor heben) bar (der Barnim)“. Welche Zielgruppen verfolgen wir mit dieser Öffentlichkeitsarbeit? Natürlich die Bevölkerung, natürlich Gewerbe und Wirtschaft und Landwirtschaft, natürlich die öffentlichen Verwaltungen, wo ganz viel Potential steckt, welches man relativ schnell aktivieren kann. Zunächst einmal haben wir eine Internetplattform eingerichtet, die Adresse lohnt sich aufzuschreiben. Alles, was ich Ihnen heute hier erzähle, was ich Ihnen auch an Konzepten vorstelle, das können Sie dort runterladen. [www.erneuerbar.barnim.de](http://www.erneuerbar.barnim.de). Den Start der Kampagne haben wir ganz bewusst auf den Tag gelegt, an dem wir unsere PV-Anlage im Parkhaus in Betrieb genommen haben und wir haben das gleich gekoppelt an unsere Elektrorally hier in der Stadt, damit die Bürger auch Freude und Interesse an dem Thema bekommen. Den Start haben wir an einem Samstagvormittag gemacht, nicht in der Woche. Es kamen zahlreiche Besucher.

Der Landkreis ist bekanntermaßen Träger des öffentlichen Personennahverkehrs als Pflichtaufgabe. Wir haben eine eigene Gesellschaft, die Barnimer Busgesellschaft. Wir haben zunächst einmal zwei Busse, die über Land fahren mit unserer Kampagne „Die Zukunft ist erneuer:bar“ beklebt, so dass es draußen auch sichtbar wird:

Hier wird Initiative umgesetzt. Vor vier Wochen haben wir im Parkhaus die erste **Solarstromtankstelle** eröffnet. Wer von Ihnen heute im Parkhaus ist, kann sich das ansehen. Es ist eine öffentliche Stromtankstelle, wo Elektromobile betankt werden können.

In vierzehn Tagen verschickt unser Abfallamt, welches die Abfallwirtschaft in unserem Landkreis bewirtschaftet, den **Abfallkalender** 2010. Diesen Kalender haben wir Monat für Monat mit Themen der erneuerbaren Energien, mit Klimaschutzthemen bestückt, so dass die Bürger zu Hause, immer wenn sie auf den Kalender gucken, auch dieses Thema allgegenwärtig haben. Darüber hinaus verfassen wir jedes Mal im Jahresrückblick über die Ergebnisse, die wir erreicht haben, einen Klimaschutzbericht. Der dient einerseits gegenüber den Abgeordneten zur Abrechnung, was passiert ist und andererseits auch gegenüber den Bürgern. Diesen Klimaschutzbericht lassen wir 82.000mal in Zeitungsqualität drucken und er liegt Anfang des Jahres bei jedem Bürger zu Hause im Briefkasten.

Zur Umsetzung **Bioenergiedörfer**: Ein erstes Dorf in Barnim, Brodowin, beschäftigt sich ganz intensiv mit dieser Thematik. Sie möchten sich aus Holz komplett selbst mit Strom und Wärme versorgen. Die Gemeinde ist mittlerweile so weit, dass es Arbeitsgruppen auf Bürgerebene gibt, die sich mit unterschiedlichen Themen für dieses Projekt beschäftigen. Ich gehe davon aus, dass Brodowin im nächsten Jahr den ersten investiven Schritt der Umsetzung zur Vollversorgung geht. Parallel dazu untersuchen wir weitere geeignete Dörfer im Barnim, wo ähnliche Konzepte zur Umsetzung gelangen könnten.

Wir wollten die guten Erfahrungen bei der Planung und dem Bau dieses Hauses dokumentieren und anderen Kommunen zugute kommen lassen und haben einen **Leitfaden**

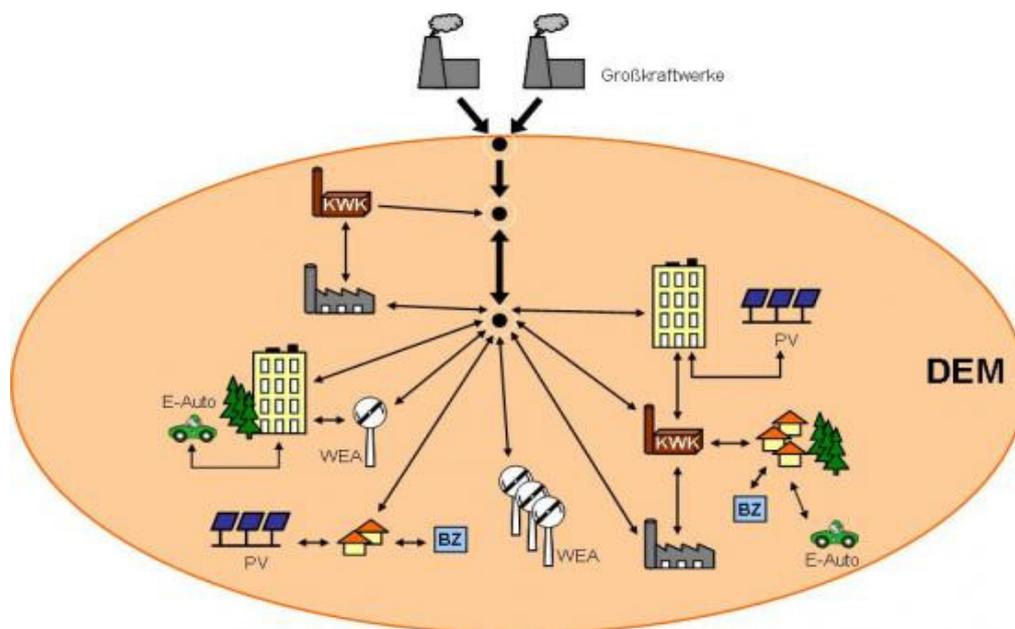
**für nachhaltiges Bauen**, sowohl für Neubau als auch für Bauerneuerung entwickelt. In diesem Leitfaden, finden Sie für jeden Gebäudetyp für einen öffentlichen Bauherrn eine Checkliste, die Sie bloß berücksichtigen und abhaken brauchen, wenn Sie zu ähnlichen Ergebnissen kommen wollen, wie mit diesem Gebäude – für Schulen, für Kitas, für Turnhallen, für Verwaltungsgebäude, für Bibliotheken, für Feuerwehren und für jeden Gebäudetyp. Diesen Leitfaden haben wir im ersten Halbjahr 2009 erarbeitet und ihn Mitte des Jahres den Bauämtern unserer Kommunen pünktlich zum Start des Konjunkturpaketes II übergeben können. Die meisten unserer Kommunen wenden diesen Leitfaden bereits für die Investitionen, die zurzeit über das Konjunkturpaket II laufen, an.

Zu den **Schulen**: Wir haben im Barnim 51 Schulen und haben uns im Januar diesen Jahres in diesem Saal hier getroffen, haben alle Schulleiter eingeladen von der Grundschule bis zum Gymnasium und haben Ihnen angeboten, gemeinsam altersgerecht dieses Thema aufzuarbeiten, so dass es sowohl in Projektwochen konzentriert angeboten, aber auch im Geographieunterricht oder anderen Unterrichtsfächern eingebaut werden kann. Im September konnten wir alle Schulen mit den entsprechenden Unterlagen ausstatten, d.h. dort sind Fragen, Quizspiele, so dass es auch Spaß macht, sich mit dieser Thematik auseinander zu setzen, für den Lehrer schon so aufbereitet, dass er das sofort verwenden kann.

Die **Umgestaltung unserer Deponie zum Energiepark** ist natürlich eine gewaltige Herausforderung. Hier sind über Jahrzehnte hinweg riesige Mengen an Abfall gelagert worden, in der unmittelbaren Nachbarschaft befindet sich das Betriebsgelände des größten Abwasserzweckverbandes des Landkreises Barnim. Dort fällt jede Menge Klärschlamm an und wir möchten natürlich für dieses Gebiet gemeinsam mit der Stadt Eberswalde erarbeiten, was da im Sinne von Stoffstrommanagement, im Sinne von erneuerbaren Energien alles möglich ist. Wir denken dort über PV-Anlagen und Trocknungsanlagen nach und ich bin gespannt, was dabei herauskommt. Wir starten zunächst mit einem Ideenwettbewerb, um ein paar innovative Ideen herauszukitzeln, die dann letztendlich in ein Konzept umgearbeitet werden.

Ein Teilkonzept, das wir im nächsten Jahr noch angehen wollen, ist, dass wir mal ermitteln, wie viele **Gebäude** es in welchem Zustand im Landkreis Barnim gibt. Damit man dann davon ableiten kann, wo die Prioritätenliste ist, wo zuerst von der öffentlichen Hand investiert werden muss und am schnellsten Erfolge zu erreichen sind. Das soll unter Berücksichtigung unseres Leitfadens geschehen.

Ein Schlüsselprojekt wird das **dezentrale Energiemanagementsystem** sein. Meine Damen und Herren, Sie müssen sich vorstellen, in Zukunft werden in der Region zunehmend Strom und Wärme erzeugt. Die bestehenden Energieversorgungsnetze werden das nur in einem begrenzten Maße aufnehmen können, da sie auf der Basis einer zentralen Energieversorgung als Verteilungsnetze entstanden sind. Es findet der Umbau von einer zentralen Energieversorgung zu einer dezentralen Energieversorgung statt und das in einem relativ schnellen Tempo. Bisher war es so, dass es einen Versorger und einen Verbraucher gab. Die hatten Vertragsbeziehungen. Das war für alle gleich und war relativ einfach. In Zukunft wird es viele Erzeuger geben, die bisher noch gar nicht miteinander kommuniziert haben, das heißt, hier muss eine Vernetzung her. Es bedarf völlig neuer Geschäftsmodelle, Energieerzeugung und Energielieferung in der Region sicherzustellen. Das wird eine riesige Herausforderung für uns alle.



*Dezentrales Energiemanagementsystem  
Grafik: Landkreis Barnim*

Hier ein paar Zahlen auf Landkreisebene, welche **Investitionen** sind 2008 getätigt worden. Allein für genehmigungspflichtige Vorhaben im Bereich Neubau und Bauerneuerung sind ca. 60 Mio. € (darunter ca. 470 Eigenheime) investiert worden. Mittlerweile ist es bei uns so, dass ungefähr 500 neue Einfamilienhäuser pro Jahr entstehen und die Hälfte der Antragsteller plant prinzipiell schon mit Wärmepumpen. Das ist also ein ganz erfreulicher Trend. Hier ein paar Beispiele, die deutlich machen sollen, dass es viele gibt, die in unserer Richtung denken und handeln, beispielsweise auch die Fachhochschule Eberswalde. Der Waldcampus wird schon seit mehreren Jahren mit einer Holzhackschnitzelanlage komplett erneuerbar versorgt. Der Stadtcampus hier in der Nachbarschaft hat eine Pelletheizung, auch schon seit Jahren, und die funktioniert fantastisch. Bei Schwanebeck an der Grenze zu Berlin gibt es eine Bürgerinitiative, die auf eine Schule Solaranlagen gebaut haben. Was auch erwähnenswert ist: Wir haben als erster Landkreis ein Förderprogramm für unsere Bürger aufgelegt, bei dem sie zu den Förderungen, die es von Land und Bund gibt, zusätzlich noch mal bis zu 1500 Euro vom Landkreis bekommen, wenn sie auf Erneuerbare umstellen.

Was liegt vor uns? Für 2010 also das dezentrale Energiemanagementsystem, für die nächsten 5-10 Jahre ein Konzept für die Deponie. Und nachdem wir das Thema für die Grund und Oberstufen so erfolgreich aufgearbeitet haben, haben wir uns gesagt, warum sollten wir das nicht auch für die Kitas noch machen. Auch die Kinder denken schon über solche Dinge nach und wir wollen da für die Kitas ähnliches Material erarbeiten und zur Verfügung stellen.

Ich denke, die Weichen sind bei uns ganz gut gestellt, wir versuchen hier im Barnim, wegzukommen, von Energieimport und hinzukommen zur regionalen Wertschöpfung durch Schaffung von Arbeitsplätzen.

*Karl-Heinz Aßmann ist Leiter des Projektteams im Büro des Landrates Barnim und damit auch verantwortlich für die Aktivitäten rund um die Null-Emissionstrategie des Landkreises Barnim. [assmann@barnim.de](mailto:assmann@barnim.de), [www.barnim.de](http://www.barnim.de)*

## Praxisbeispiele Brandenburg – Das regionale Energiekonzept Spreewalddreieck

Dr. Jürgen Othmer

(Mitschnitt)

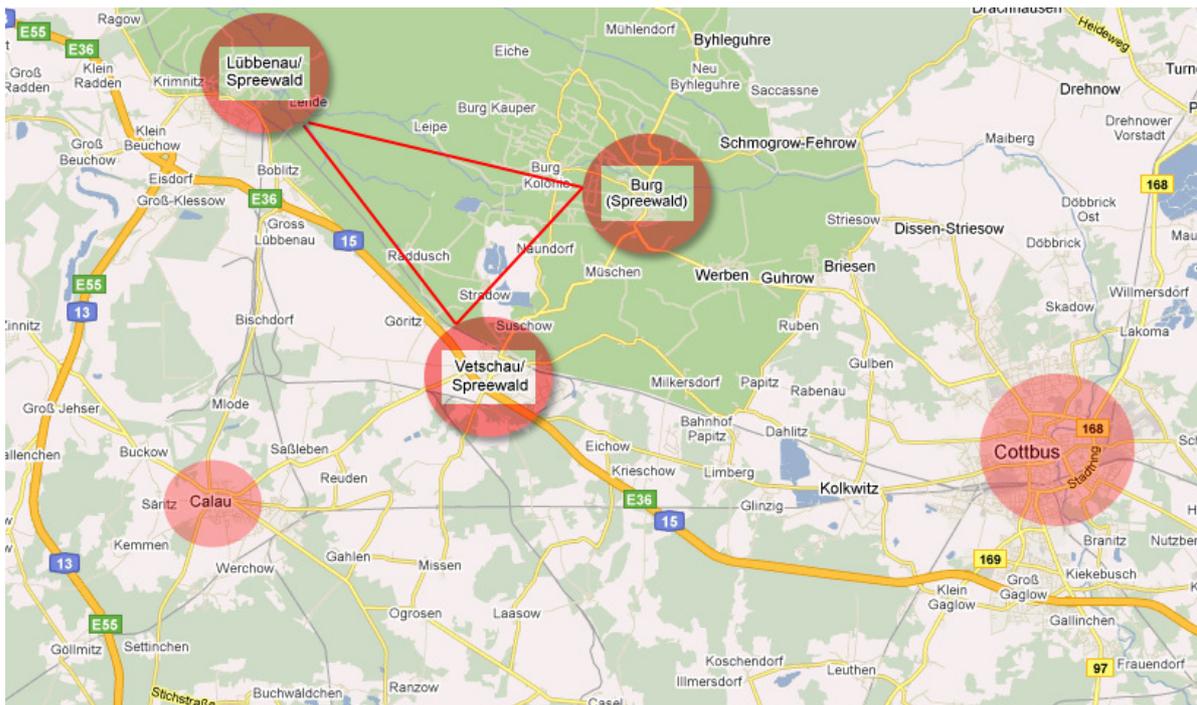
Ich möchte Sie in die Provinz im Südosten des Landes entführen. Ich werde Ihnen das regionale Energiekonzept Spreewalddreieck vorstellen und den Masterplan Energie 2021 Lübbenau, der zurzeit erarbeitet wird. Diese Projekte spiegeln sich, hängen miteinander zusammen und fließen ineinander.

Wir werden nicht weiterkommen, wenn wir nicht alles bisher gelernte im weitesten Sinne über Bord werfen und uns ganz weit über den Tellerrand hinaus bewegen, um einfach einen großen Weitblick zu haben. Wir laufen große Gefahr, auch die Experten auf der politischen Ebene, dass wir uns eingraben und dass es ein Team von Experten geben wird, die ganz viel wissen und ganz weit sind und das auf dieser Basis aber eigentlich nichts passiert.

Wir müssen visionär denken und real handeln, das ist ganz wichtig. Verbrauch und Erfolge von Energie gleichzeitig und gleichwertig betrachten, das ist z.B. eine Sache, die heute Morgen schon zur Sprache gekommen ist. Vielleicht sollte man statt Forderungserfüllung im Sinne von Gesetze einhalten, stärker betrachten, was wann und wie gefordert wird. Man sollte wirklich mal lokale Leistungsmaximierung betrachten und fragen: Was kann ich dafür tun, unabhängig davon, ob mein Nachbar mehr macht oder weniger macht? Oder was kann ich dafür tun, das Thema Sparsamkeit und Vermeidung von Energie zu stärken? Das ist glaube ich die einzige Lösung. Frau Janssen (*Klimabündnis*) hat es vorhin auch schon gesagt, statt Expertenstrategie sollte man besser auf Bürgerenergie setzen. Es nützt gar nichts, wenn es ein Klientel gibt von Experten, die an diesen Themen arbeiten und versuchen, etwas umzusetzen, wenn es die breite Bürgerschaft nicht macht, weil sie stehen gelassen werden, weil sie kein Verständnis dafür entwickeln. Dann findet Klimawandel statt ohne dass die meisten hingehen und das hilft uns nicht weiter. Wichtig ist auch, dass wir **Zielkonflikte erkennen** und dabei ist die Kommune oder der Kreis sehr gefordert. Seien es Zielkonflikte in der Wohnungswirtschaft oder Zielkonflikte im Bereich der Energieversorger. Das muss man erkennen oder man muss sie vielleicht auch suchen, man muss sie diskutieren und man muss sie lösen, sonst kommt es zu keiner Umsetzung an dieser Stelle. Und da man das nicht im Rahmen eines Konzeptes irgendwann festschreiben kann, muss man den Weg als Ziel nehmen und versuchen, mit den einzelnen Bausteinen weiterzukommen.

Zum **Spreewalddreieck**: Was war der Auslöser? Die Ausgangslage war letztlich die Erkenntnis, dass Klimaschutz selbstständiges Handeln erfordert. Die Lausitz ist seit jeher ein Synonym für Energieerzeugung und insofern einfach in der Verpflichtung, an der Stelle auch etwas zu machen, was nicht immer Kohle heißen muss. Es waren in der Region bereits innovative Einzelprojekte vorhanden und boten einen zusätzlichen Anreiz. Die Siedlungsstruktur dieser Region ist sehr dünn. Da ist etwas, dass mit Kooperation im weitesten Sinne zu tun hat – egal ob es um interkommunale Kooperation oder Kooperation im energetischen Bereich geht – einfach sinnvoll. Und interkommunale Kooperationsansätze insbesondere zwischen Lübbenau und Vetschau waren bereits vorhanden.

Wie sieht die Region aus? Sie sehen auf folgender Abbildung die Autobahn, Sie erkennen Lübbenau, Vetschau, Burg. Das sind zurzeit die Städte, die sich zusammengeschlossen haben. Zur Orientierung, der Spreewald befindet sich befindet sich etwa auf der Hälfte der Strecke zwischen Dresden und Berlin. Es gibt noch etwas abtrünnige Calauer, die wir bisher noch nicht integrieren konnten. Das muss man noch mal abwarten. Da gibt es politische Veränderungen, vielleicht gelingt es da irgendwann, Stadtverordnete davon zu überzeugen. Da sind wir aber guter Hoffnung, dass wir mittelfristig eine wir auch immer geartete gemeinsame Zusammenarbeit erreichen können.



*Spreewalddreieck  
Grafik: Lübbenaubrücke*

Was wollen wir überhaupt erreichen? Die Ziele sind heute mehrfach genannt worden. Das ist natürlich primär die Verminderung des Energieverbrauchs. Wir wollen aber auch – und das ist der Situation in der Lausitz, bzw. der Weitläufigkeit geschuldet – die Energieverteilungspläne optimieren und deren Effizienz erhöhen. Die Prüfung alternativer Energieversorgungsquellen ist selbstverständlich und die Region soll beispielhaft als moderne Region aufgestellt werden. Dazu gehört das Bündeln der Akteure und Akteure sind diesem Fall Erzeuger, Versorger und Verbraucher natürlich. Das Spreewalddreieck will ein gutes Beispiel für andere Regionen sein, da wollen wir gern den Eberswaldern nacheifern oder dem Landkreis Barnim. Und diese Bemühungen können auch dazu beitragen, dass es eine wirtschaftliche Stabilisierung in der Region gibt, durch Ausbau regenerativer Energien, Biomasse oder ähnlichen Dinge. Und auch das gemeinsame Handeln übt und schafft Gemeinsamkeiten, die für alle Beteiligten und für die zukünftigen Zeiten ganz elementar und wichtig sind.

Wie setzen wir das um oder wie gehen wir vor? Da gibt es einerseits den berühmten runden Tisch und der setzt sich auf Projekträgerebene erstmal zentral zusammen aus der Arbeitsgruppe der Projektpartner, das heißt zurzeit der Stadt Vetschau, der Stadt Lübbenau und Burg und ggf. weiteren Städtepartnern aus der Region. Dann haben wir angefangen,

thematische Arbeitsgruppen zu gründen, die sich einmal mit dem Bereich Erzeugen von Energie auseinandersetzen, dann einmal mit dem Bereich Versorger oder Verteiler und mit dem Thema Verbraucher. Es sollen darüber hinaus weitere Akteure eingebunden werden, wie die Großverbraucher in der Region, egal ob es sich um eine Therme oder um privatwirtschaftliche Energieerzeuger handelt. Es geht um Verbände – wir haben das Biosphärenreservat in der Region – es geht natürlich um Wissenschaft, um andere Experten und um Partner, die in irgendeiner Form dazu etwas beitragen können. Wir sind an der Stelle vollkommen offen und arbeiten sehr eng mit der BTU in Cottbus zusammen und der BBSM aus Potsdam, die das ganze Projekt betreut.

Ganz kurz ein Blick auf die einzelnen Arbeitsgruppen. Wir haben die AG Energieverbraucher mit Kommunen, Wohnungsunternehmen und weiteren Unternehmen. Dann gibt es eine Arbeitsgruppe Energieversorger und einer Arbeitsgruppe Energieerzeuger. Soweit vielleicht die Kernziele oder die Arbeitsweise im Spreewalddreieck.

Ich möchte darüber hinaus noch kurz auf den **Masterplan Energie 2021 Lübbenau** eingehen. Da geht es um die Struktur- und Potentialanalyse. Wie Sie sehen greift das relativ eng ein in das, was wir auch im Kreis bzw. im Spreewalddreieck machen. Bis wann das dauern wird, das wissen wir zurzeit nicht. Wir wollen ein energetisches Leitbild qualifiziert erstellen bzw. klar formuliert, es detaillierter formulieren. Es geht um die Definition von länger- und langfristigen Zielen. Dabei sind zunächst einmal Effizienz steigernde Maßnahmen für die Energieerzeugung und Energieverteilung zu nennen. Wichtig ist es darüber hinaus, die Verkehrsströme zu beachten. Und die energetische Betrachtung von Gebäuden ist selbstverständlich. Aber auch Wirtschaftskreisläufe muss man betrachten, und sehen, was sich mittelfristig optimieren lässt. Und entscheidend ist, dass die kommunalen Liegenschaften mit einbezogen und beispielhaft vorangestellt werden.

Das ganze, meine Damen und Herren, und auch das haben wir heute Morgen schon ganz intensiv gehört, geht natürlich nur, wenn Sie viele Menschen finden, die einfach mitmachen, die nicht dastehen und abwarten, was passiert, bis dann der berühmte Sack Reis umfällt, sondern die einfach aktiv mitmachen und sich für das Projekt engagieren. Das sind zu Anfang nicht so ganz viele. Da gibt es relativ viele Menschen, die sich erstmal sehr abwartend verhalten. Die einen, weil sie unsicher sind oder die anderen, weil sie sagen, geht mich ja gar nichts an. Und die anderen fangen einfach schon mal an zu schichten. Es geht darum Bausteine zu entwickeln, Bausteine umzusetzen und das wesentliche Thema ist die Öffentlichkeitsarbeit dabei, die heute schon mehrfach angesprochen wurde, um wirklich alle Bürger anzusprechen. Und mit allen meine ich tatsächlich auch wie Herr Aßmann es sagte, auch die in der Kita. Auch über Vereine kann man relativ viel machen. Wir können sicherlich nicht nur auf Stadtforen oder ähnlich Dinge setzen, man muss zu den Menschen hingehen und muss es ihnen beibringen. Es hat keinen Sinn darauf zu warten, dass sie zu einem Forum oder Werkstatt oder sonst was kommen. Man muss wirklich hingehen.

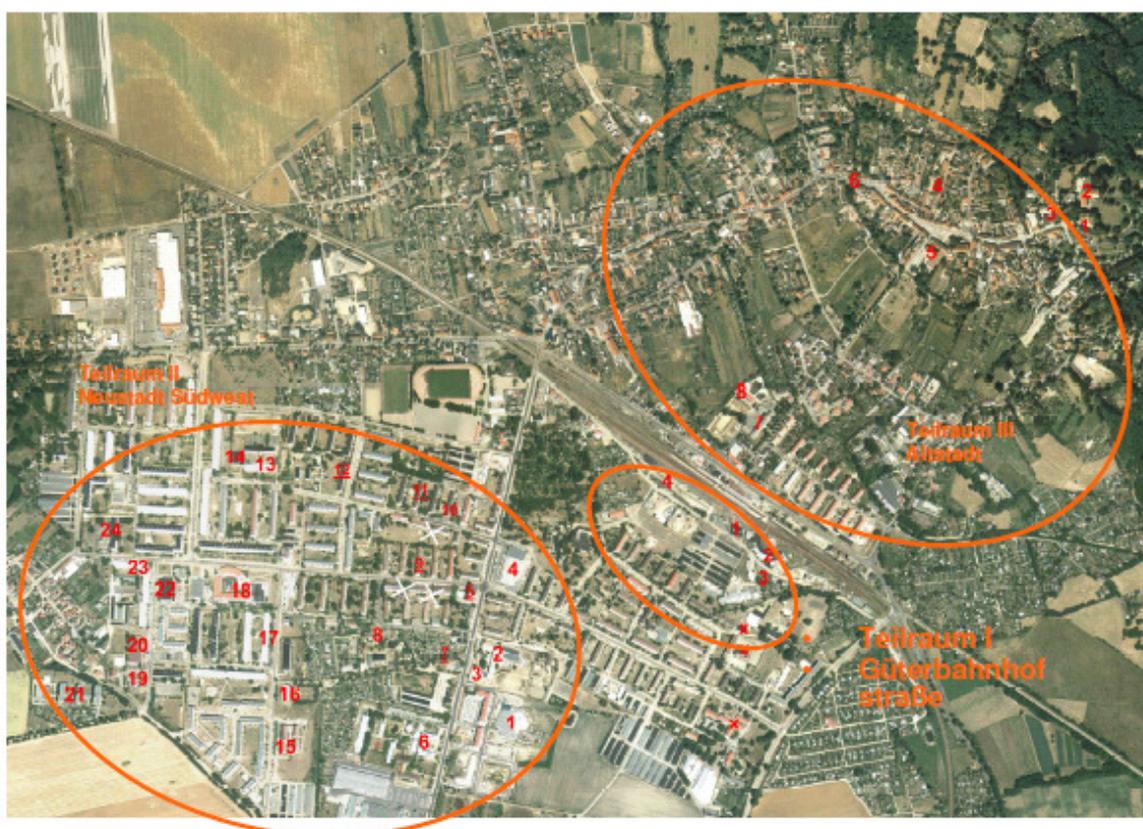
Wichtig ist es auch, alle Medien einzubeziehen und die Verbräuche komplex zu betrachten. Genauso muss man Konzepte komplex entwickeln und man darf sie nicht festschreiben, sondern muss sie einfach evaluieren und realisieren, d.h. man muss permanent prüfen, was steht in meinem Konzept, ist das noch richtig, haben sich die Rahmenbedingungen geändert?

Diese Energiestrategie, wie immer sie aussehen wird, ob sie dann Masterplan heißt oder anders. Ganz wichtig ist, dass man sie **einfach** darstellt. Es hat gar keinen Sinn, ausschließlich ein sehr umfangreiches Papier zu erstellen, das Fachleute lesen können, dann aber auch wieder ins Regal stellen. Wichtig ist, dass man sie (*die Energiestrategie*) in

wenigen plakativen Zeilen nicht an die Kirchentür nagelt, aber vielleicht an die Rath austür oder dass sie in der Zeitung abgebildet wird. Damit die Thesen verstanden werden, damit sie wahrgenommen werden und damit sie auch umgesetzt werden. Es geht darum, Motivation bei allen für dieses Thema zu erreichen.

Wichtig ist auch, dass Versorger aufgefordert sind, innovativ zu handeln und nicht zu sagen, sie hätten Energie schon immer so verteilt oder hergestellt oder verkauft. Sie müssen natürlich wirtschaftlich handeln, das ist ganz wichtig, weil Versorger – gerade Stadtwerke – eben sehr eng an den Kommunen dran sind. Da hat auch Frau Helwig (VKU) sehr eindringlich drauf hingewiesen. Und wenn es dem Versorger oder den Stadtwerken schlecht geht, dann wird es irgendwann der Kommune auch nicht besser gehen. Darüber hinaus ist bei den Versorgern entscheidend, weil sie von Energielieferanten abhängen, dass sie regional handeln, aber überregional denken.

Zu Lübbenau vielleicht ganz kurz ein Blick auf das Stadtbild. Lübbenau hat eine deutliche Zäsur durch die Bahn und eine Durchgangsstraße. Der Altstadtbereich geht in den Spreewald über, früher konnte man mit dem Kahn bis in die Stadt hinein fahren. Dann der Bereich Neustadt, mit ca. 7000 Wohnungen, die in den 60er und 70er Jahren entstanden ist bis in die 80er Jahre hinein als komplexer Wohnstandort für das Thema Tagebau und Kraftwerk diente. Wir haben das Stadtgebiet in unterschiedliche **Teilräume** unterteilt, weil diese völlig unterschiedlich zu betrachten und auch energetisch zu bewerten sind.



*Teilräume Lübbenau*  
*Grafik: Lübbenaubücke, Luftbild: Google Maps*

Wir haben den so genannten Teilraum I, der in der Mitte zwischen dem Neustadtteil mit Fernwärmeversorgung und Fernwärmeevorranggebiet und der Altstadt liegt und früher ein Gewerbestandort mit Anbindung an die Bahnanlage war. Dieser ganze Bereich ist

energetisch unterversorgt. Da gibt es keine Fernwärmeleitungen. Und es wird mittelfristig so sein, dass eine Umgehungsstraße gebaut wird, so dass dem jetzigen Brachbereich eine neue Bedeutung zukommt. Und da muss man sich darüber Gedanken machen, die energetische Versorgung zukünftig aussieht, gerade wenn sich da Gewerbe ansiedelt. Man muss prüfen, ob es wirtschaftlich ist, da eine Fernwärmeleitung hinzulegen, um die vorhandenen Blockheizkraftwerke, die der Fernwärmebetreiber nutzt, besser auszulasten. Das Teilraumgebiet II im Bereich der Neustadt, ein zentrales Gebiet, da sind große Verbraucher ansässig, da ist die Mehrzahl der Wohnungen der Wohnungsunternehmen mit speziellen Anforderungen. Das ist alles Fernwärmevorranggebiet. Die Genossenschaft hat großes Interesse daran, großflächig Solarthermie und Photovoltaik zu installieren. Und da ist die Frage, ob es Möglichkeiten gibt, dass die solarthermischen Anlagen in das Fernwärmenetz einspeisen. Ansonsten gibt es gar keinen Sinn, so etwas zu installieren. Die Altstadt als weiterer Teilraum, Teilraum III, ist ganz separat zu betrachten, aber auch da muss man zukünftig überlegen, ob es vielleicht einen Sinn geben kann, diese Altstadt konsequent mit Fernwärme zu versorgen. Hinzu kommt noch ein weiterer Teilraum, Teilraum IV, das sind die Ortsteile, die unter dem Aspekt des demographischen Wandels und der Weitläufigkeit der Region ganz anders zu bewerten sind.

Kurzer Blick noch mal auf das, was in Lübbenau schon gelaufen ist, denn wir suchen den Aufbau auf einzelne energetische Einzelmodellvorhaben. Wir haben im Jahr 2000 mit Fassadenkollektoranlagen angefangen, 2003 zwei Blockheizkraftwerke in Betrieb genommen, 2004 haben wir Modellvorhaben gemacht zum Thema KfW 60, dem dena-Modellvorhaben im Bestand. Wir haben 2004 Reihenhäuser auf Niedrigenergiehausstandard durch Abriss realisiert. Da kann man natürlich fragen, was hat das jetzt mit der Energie zu tun. Uns war es damals wichtig, a) ein energetisch möglichst gutes Gebäude zu realisieren, b) Eigentumbildung in der Stadt anbieten zu können, wo Sie eine gute Vernetzung bzw. eine kurze energetische Versorgung haben die Zersiedlung der Landschaft nicht noch forciert wird.

Sie sehen hier den Fassadenkollektor. Ich finde es bei alternativer Energieerzeugung wichtig, dass sie in das Gebäude integriert wird. Bei allen Bemühungen zum Thema Energieeinsparungen, darf ich als Architekt sagen, möchte man auch ein bisschen an der Umwelt Freude haben.

Was auch ganz wichtig ist, man muss es zeigen, man muss den Bürgern, die jeden Tag da vorbei gehen zeigen und deutlich machen, was bringt diese Anlage ein, wie viel CO<sub>2</sub> spart man damit ein, was tust du gutes, wenn du hier in dem Haus wohnst. Oder was kann man selbst besseres tun, um so etwas zu nutzen.



*Fassadenkollektor  
Foto: Jürgen Othmer*

Die nach KfW60 Standard im Bestand sanierten Gebäude sind barrierefrei und Seniorengerecht, es gibt eine Lüftungsanlage mit Wärmerückgewinnung. Das Gebäude verbraucht so wenig Wärme, dass gar keine Messanlage mehr für den Wärmeverbrauch installiert worden ist, das wäre alles viel teurer geworden. Die Mieter bezahlen einen Pauschalbetrag und das funktioniert relativ gut. Die genannten Reihenhäuser waren früher Viergeschossiger, von denen wir zwei Geschosse runter genommen und die verbleibenden zwei Geschosse jeweils zu einem Reihnhaus auf Niedrigenergiehausstandard umgebaut haben.

Wie geht es weiter? Die **zukünftigen Zielsetzungen** sind die prioritäre Einbindung energetischer Stadterneuerung in das gesamtstädtische Handlungsfeld der Stadtentwicklung und der Stadterneuerung und die Fortsetzung des gemeinsamen Planens und Handelns, das hat sich bewährt in Lübbenau mit den vielen einzelnen Foren und den einzelnen Gesprächskreisen. Dann sind ein weiteres Ziel natürlich ökologisch optimierte und ökonomisch realisierbare Vorhaben. Hier muss man Zielkonflikte überprüfen und diese Zielkonflikte lösen. Und wenn beispielsweise ein Wohnungsunternehmen sagt, es könne das seinem Mieter nicht verkaufen, dann haben wir schon ein Problem, wenn das Unternehmen ungefähr 4.000 oder 5.000 Wohnungen bewirtschaftet. Zu prüfen sind Alternativen zur lokalen Energieversorgung, also der Primärenergieversorgung und ein weiteres entscheidendes Thema ist die Reduktion des lokalen Energieverbrauchs, egal, ob es um die Neuanschaffung von Geräten oder ob es ums Autofahren geht.

Letztendlich ist die Teilnahme an überregionalen Strategien notwendig und da sind wir wieder beim Masterplan. Das ist schwer umzusetzen, das ist auch schwer vermittelbar, weil jeder sagt, warum gerade wir oder warum nicht die anderen. Da vergessen die meisten Menschen, dass einfach alle auf der gleichen Erde stehen. Und außer den paar Astronauten kann man sich schlecht von ihr weg bewegen. Man kann nicht einfach sagen, das alles geht mich nichts an. Dann funktioniert es nicht!

In Lübbenau geben wir uns große Mühe, möglichst viele Beteiligte einzubeziehen. Das sind aber alles schon Einrichtungen, Institutionen und Partner, die bereits erwähnt worden sind. Im Zweifelsfall laden Sie lieber einen mehr ein oder machen Sie eine Negativliste, das finde ich die beste Lösung. Sagen Sie einfach, ich lade im Prinzip alle ein, außer Kleinkindern vielleicht und machen eine Liste, wen lade ich nicht ein. Und wenn Sie diese dann aufschreiben, die Einrichtungen oder Institutionen, dann überlegen Sie sich ein Argument, warum sie diese nicht einladen wollen und Sie werden feststellen, dass Sie eigentlich nie Argumente finden, warum gerade diese nicht einladen, wie gesagt, außer vielleicht Kinder im Krabbelalter. Da ist sehr viel zu tun und darauf muss man sich sehr konzentrieren, Herr Aßmann (*LK Barnim*) hat es auch deutlich gesagt, man muss in Schulen gehen, man muss Menschen sehr frühzeitig an das Thema heranzuführen, sonst funktioniert es nicht. Und es geht eben alle an und das ist das entscheidende an dieser Sache.

Wir müssen auch das Risiko von Irrtümern eingehen. Wir werden die derzeitigen Probleme nicht optimal lösen können, weil es der erste Klimawandel ist, mit dem wir uns beschäftigen, und insofern sollten wir besser etwas tun, als zu verharren und zu lange zu warten und zu lange zu reden und zu diskutieren.

*Jürgen Othmer ist Leiter des Projektbüros Lübbenaubrücke, freiberuflicher Stadtplaner und von der Stadtverwaltung Lübbenau als Verantwortlicher für das Regionale Energiekonzept Spreewalddreieck beauftragt. [mail@dr-othmer.de](mailto:mail@dr-othmer.de), [www.luebbenaubruecke.de](http://www.luebbenaubruecke.de)*

## Diskussion: Kommunalen Klimaschutz in Brandenburg

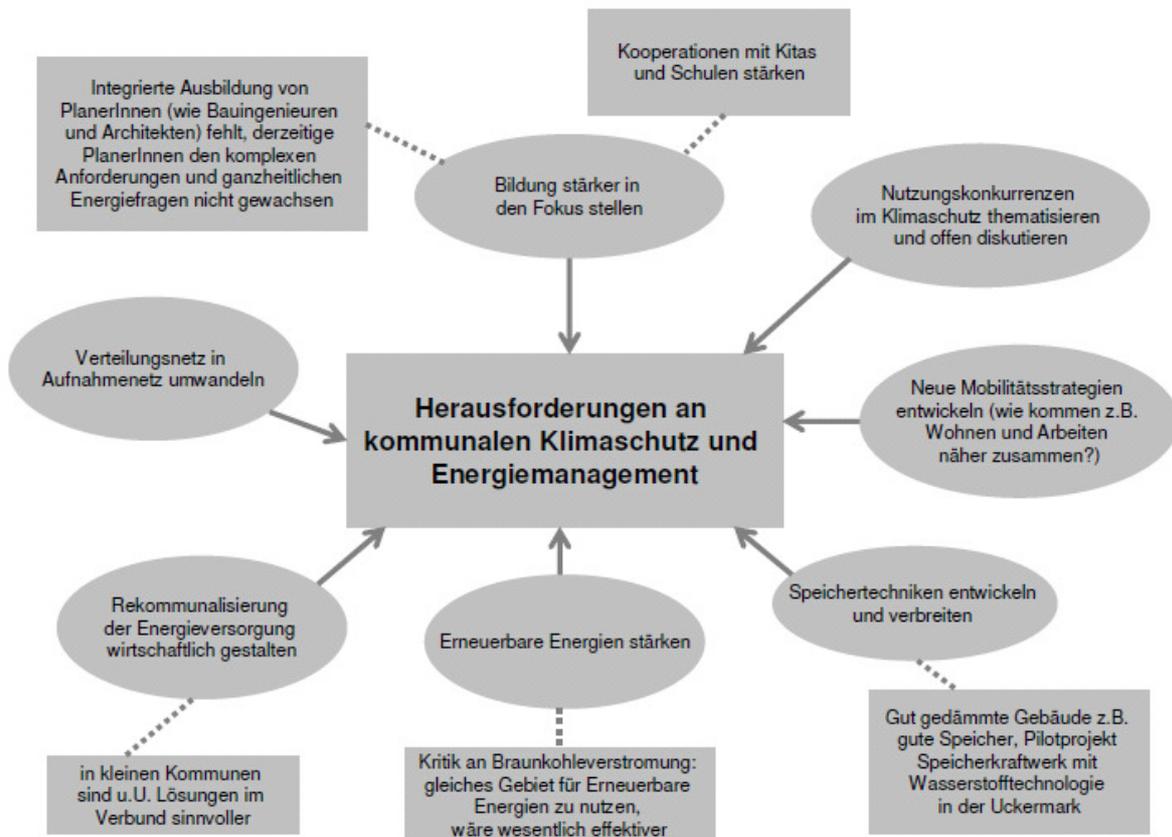
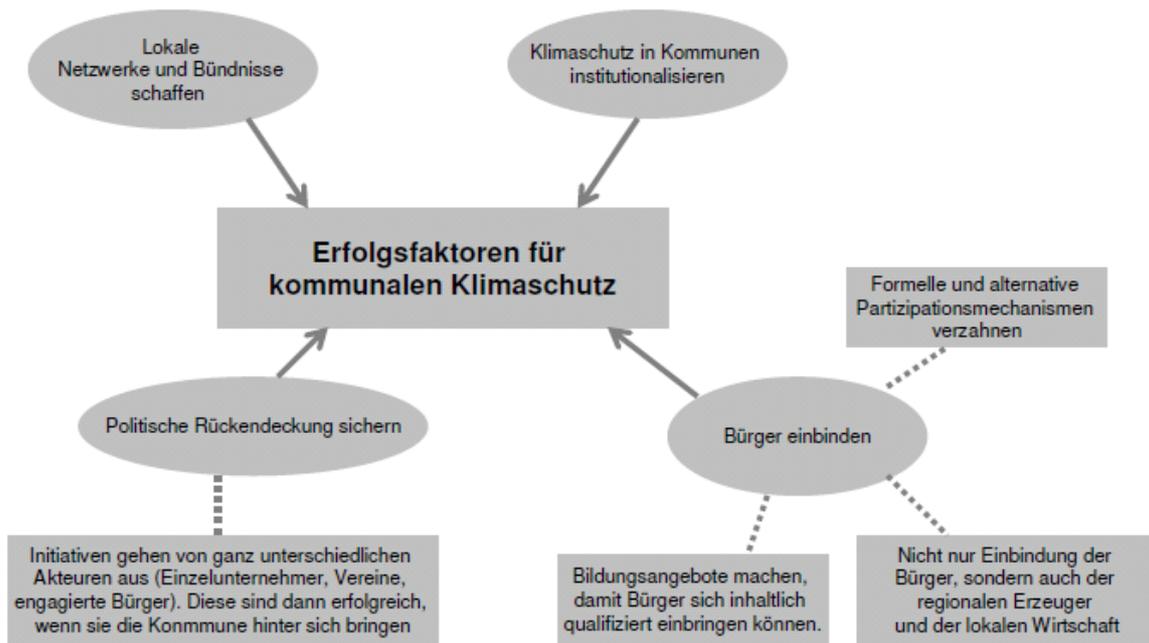
*Zusammenfassung: Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg*

Neben reger Beteiligung an der Diskussion „Kommunalen Klimaschutz in Brandenburg“ am Nachmittag der Tagung, gab es eine Vielzahl von Wortbeiträgen und Kommentaren direkt nach den Vorträgen. Die verschiedenen Diskussionsstränge, die sich im Laufe des Tages ergeben haben, sind in untenstehender Grafik zusammengefasst. Es sind an dieser Stelle nicht alle Einzelbeiträge aufgeführt, sondern die wichtigsten Aspekte der Diskussion, denen immer wieder Nachdruck verliehen wurde oder die einen gemeinsamen Sinnzusammenhang bilden, dokumentiert. Die Darstellung konzentriert sich auf zwei solcher Zusammenhänge. Zum einen sind das die Erfolgsfaktoren für kommunalen Klimaschutz, zum anderen Herausforderungen an kommunalen Klimaschutz und Energiemanagement.

Mit Blick auf die Erfolgsfaktoren für kommunalen Klimaschutz wurde die Notwendigkeit diskutiert, lokale Netzwerke und Bündnisse zu schaffen, Klimaschutz institutionell in der Kommunalverwaltung zu verankern, BürgerInnen einzubinden und sich politische Rückendeckung zu sichern. Lokale Bündnisse machten stark, die institutionelle Einbindung – möglichst in der Leitungsebene einer Kommune – sichere die hohe politische Priorität und die Einbeziehung der BürgerInnen ermögliche ein hohes Maß an Identifikation der BürgerInnen mit der kommunalen Klimaschutzpolitik und den damit verbundenen Maßnahmen. Es sei letztendlich unwesentlich, von wem die ersten Impulse für aktives Klima- und Energiemanagement in einer Kommune ausgingen. Wesentlich hingegen sei, sich die politische Rückendeckung zu sichern, indem man die Kommune auf seine Seite zieht.

Zu den diskutierten Herausforderungen an kommunalen Klimaschutz und Energiemanagement gehören nach Auffassung der an der Diskussion beteiligten TeilnehmerInnen der offene, konstruktive Umgang mit Nutzungskonkurrenzen (z.B. im Bereich Landwirtschaft und Energiewirtschaft), die Stärkung von Bildungsangeboten, die sich auf unterschiedliche Zielgruppen zugeschnitten mit Energie und Klima befassen und die Frage, wie die Rekommunalisierung der Energieversorgung wirtschaftlich gestaltet werden kann. Als weitere Herausforderungen wurden die Entwicklung von neuen Mobilitätsstrategien, die Umwandlung eines Verteilungsnetzes in ein Aufnahmenetz, die Entwicklung und Verbreitung von Techniken zur Speicherung von Energie, sowie vor allem die Stärkung von erneuerbaren Energien genannt und diskutiert.

Die Redebeiträge sind mit den beiden Grafiken nicht lückenlos dokumentiert, die Darstellung vereinfacht viele komplexe Beiträge und konzentriert sich auf wenige Aspekte. Die Darstellung soll vor allem anregen, bestimmte Fragen und Diskussionszusammenhänge zu rekonstruieren und Ansatzpunkte für weitere Überlegungen bieten. Mit gestrichelten Linien sind mit den Hauptanliegen der Diskutierenden tiefer gehende Einzelanmerkungen verbunden, die aus Sicht der Veranstalter besondere Berücksichtigung finden sollen.



## Das Projekt BEAM 21 – Kompetenzen für kommunalen Klimaschutz

*Tina Bär*

(Mitschnitt)

Ich möchte Ihnen am Ende dieser Tagung noch ein Projekt vorstellen, das den Herausforderungen, welche im Laufe des Tages genannt worden sind, begegnet bzw. Veränderungsprozesse, die damit zusammenhängen, unterstützt und dafür Grundlagen schafft. Es geht um das Projekt BEAM 21.

Was ist unser **Ausgangspunkt**? Auf der einen Seite haben wir eine Klimakrise, die Herausforderungen an die Kommunen stellt, was Anpassungsstrategien, aber auch Vermeidungsstrategien angeht. Die Kommunen spielen eine wichtige Rolle bei der Reduktion von CO<sub>2</sub>. Auf der anderen Seite haben wir eine Krise der kommunalen Finanzen, die aktuell zusätzlich von der Wirtschaftskrise überlagert wird. Es gibt natürlich Konjunkturpakete, ich glaube aber nicht, dass diese mittelfristig den Kommunalfinanzen auf die Beine helfen werden, was dazu führt, dass die Krise eher vergrößert wird. Wenn man diese beiden Krisen, die Klimakrise und die Wirtschaftskrise, aber zusammen denkt, dann ist man relativ schnell an dem Punkt, sich über intelligentes Energiemanagement und Energieeinsparungen Gedanken zu machen. Es ist im Laufe der Tagung vielfach bestätigt worden, dass das ein richtiger Weg ist.

Die Kommunen sind die zentralen Akteure, sie sind auch die Schnittstelle zu den BürgerInnen. Wir haben vielfach über Partizipationsmechanismen gesprochen. Und es gibt natürlich ganz unterschiedliche Möglichkeiten für Klimaschutzaktivitäten. Das ist auf der einen Seite positiv, weil man sehen kann, dass es ganz viele kommunale Handlungsbereiche gibt, in denen Kommunen etwas für Klimaschutz und intelligentes Energiemanagement machen können: Sei es der klassische Bereich Energieversorgung, aber auch bei Bebauungsplänen, Stadtplanung, Haushalt, Verkehr, das kommunale Gebäudemanagement hatten wir heute auch. Im Bildungsbereich gibt es Ansatzpunkte und in vielen weiteren Bereichen. Ein Problem ist allerdings, dass diese Bereiche meist in ganz unterschiedlichen Verwaltungseinheiten organisiert und geregelt sind. Und damit ist es oft schwierig, die kommunale Vernetzung zu organisieren. Gleichzeitig sind in vielen Fällen die Zusammenhänge so komplex, dass sie gerade von ehrenamtlich arbeitenden EntscheidungsträgerInnen, nicht mehr bewältigt werden können. Das ist für uns ein Punkt, wo BEAM 21 anknüpft und Kompetenzen auf der kommunalen Ebene vermitteln möchte.

**Was haben wir vor?** Wir werden gemeinsam mit anderen europäischen Partnern im Laufe des nächsten Jahres ein Fortbildungsangebot zu genau dem Thema entwickeln. Wir haben das als Blended Learning Ansatz geplant. Es wird einerseits ein selbstgesteuertes betreutes Online-Lernen geben, was zeitlich flexibel ist und auch den geringen zeitlichen Kapazitäten von kommunalen MitarbeiterInnen und EntscheidungsträgerInnen entgegen kommt. Flankierend dazu gibt es Präsenzseminare. Ich gehe auf die Methodik nachher noch mal ganz kurz ein. Die Themen der Fortbildung sind Klimaschutz und intelligentes Energiemanagement. Es sind im Moment fünf konkrete Lernmodule geplant. Es wird ein Einführungsmodul geben, mit lokalen Klimawirkungen, Anpassungs- und Vermeidungsstrategien, um da Grundlagen zu schaffen, sofern das noch nicht so sehr in den

Köpfen verankert ist. Dann wollen wir Lernstoff nach den verschiedenen Rollen aufzuschlüsseln, die Kommunen einnehmen. Dazu gehören Kommunen als Konsumenten und Dienstleister, was z.B. den Energieverbrauch in den eigenen Räumen angeht. Dann spielt die Kommune eine Rolle als Energieversorger und Produzent. Da ist jetzt für mich klassisch das Energiemanagement, Diversifizierung, Dezentralisierung enthalten. Des Weiteren gibt es die Kommune in ihrer Rolle als Planer, Entwickler und Behörde, sei es, was Bebauungspläne und Stadtplanung angeht, aber auch grüne Wirtschaftsförderung. Da gibt es viele Ansatzpunkte. Und nach jetzigen Planungen wird es ein fünftes Modul geben, das in den Bereich Handwerkszeug und Methoden geht und darauf fokussiert sein wird, wie man lokale Energiepläne integriert entwickeln kann.

**An wen richtet sich BEAM 21?** Das Angebot richtet sich an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Kommunalverwaltungen, sowie an Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, die mit einem oder mehreren der folgenden Bereiche befasst sind oder sich dafür interessieren: Klimaschutz, Energieversorgung, Haushalt, Beschaffung, Vergabe, Bauen, Bildung, Verkehr, Flächenplanung. Das sind alles Bereiche, mit denen Menschen in Kommunen mit befasst sind. Und wir wollen mit BEAM 21 ein Verständnis dafür vermitteln, wie die eigenen Bereiche mit anderen klima- und energierelevanten Bereichen zusammenwirken und welche Ansatzpunkte sich im normalen Alltagshandeln bieten, ohne jetzt plötzlich unendlich viele neue Projekte zu kreieren.

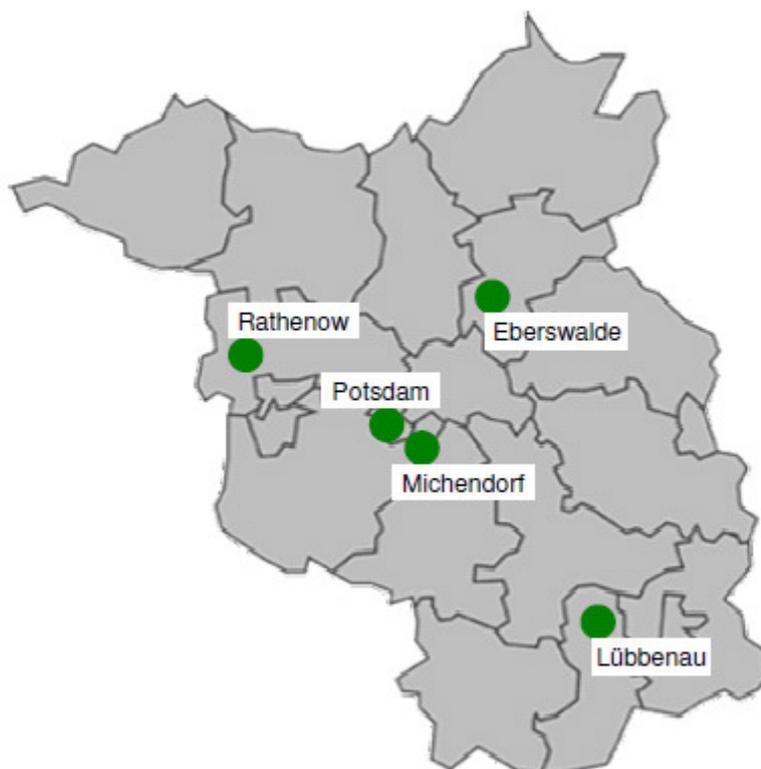
**Wie läuft die Fortbildung ab?** Methodisch werden selbst gesteuertes, betreutes Online-Lernen und ergänzende Präsenzseminare vor Ort kombiniert. Es gibt insgesamt 5 Lernmodule. Auf der digitalen Lernplattform Moodle werden dafür online Lernmaterialien zur Verfügung stehen, Tutoren begleiten das Lernen. Eingebaute Selbsttestmechanismen und kleine Fallstudien am Ende jedes Moduls, ermöglichen sowohl direkte wie auch externe Rückmeldung zum Lernerfolg. Das Online-Lernen erfolgt selbstgesteuert. Jede Teilnehmerin und jeder Teilnehmer ist in seiner Zeiteinteilung flexibel. Begleitend findet zu jedem der 5 Lernmodule jeweils ein Präsenzseminar statt, in denen das Wissen und die Fähigkeiten vertieft werden und die Möglichkeit zum direkten Austausch zwischen den Lernenden besteht, denn man lernt ja, wenn man persönlich zusammensitzt, doch noch mal ganz anders.

**Wer steht hinter der Fortbildung?** Die Fortbildung wird im Rahmen des Projektes „BEAM\_21 – Blended capacity-building on sustainable energy measures and action plans for European municipalities“ erarbeitet und durchgeführt, welches von der EU im Rahmen des Programms „Intelligent Energy – Europe (IEE)“ gefördert und von der Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg koordiniert wird. Zu den Projektpartnern gehören Energieagenturen, Umwelt- und Energieberater, Umweltorganisationen und Bildungseinrichtungen aus 9 Ländern Europas. Die Fortbildung wird in 9 Sprachen zur Verfügung stehen. Für jedes Land gibt es individuelle Anpassungen, um die Bildungsinhalte für die Lernenden möglichst passgenau und anwendungsorientiert bereit zu stellen.

Der Vorteil, das als europäisches Projekt zu machen, ist, dass man starke Synergieeffekte nutzen und von den Erfahrungen der anderen lernen kann. Der Lernstoff wird im Entwicklungsprozess dennoch für jedes Land so aufbereitet, dass es für die jeweiligen kommunalen Gegebenheiten anwendbar ist, weil die Kompetenzen, die Kommunen in den verschiedenen Ländern haben, natürlich ganz unterschiedlich sind.

Das Projekt läuft für drei Jahre. Wir sind jetzt in der Initiierungsphase, wo wir von 60 Kommunen in Europa Interessensbekundungen gesammelt haben. Jetzt folgt eine Phase der inhaltlichen Erarbeitung für ein Jahr und dann geht es ab Frühjahr 2011 mit den

konkreten Trainings in den Kommunen los. Wir haben von den 50 europäischen Städten, natürlich auch Kommunen in Brandenburg, die uns mit Interessensbekundungen unterstützt haben und welche die Pilotkommunen des Projektes in Brandenburg sein werden. Das sind ganz konkret Potsdam, Michendorf, Eberswalde, Lübbenau und Rathenow.



*Pilotkommunen in Brandenburg*

*Grafik: Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg, Karte: Wikipedia*

Wir wollen natürlich über diese Kommunen hinaus auch weitere einbeziehen. Die Fortbildung soll nach Projektende weiterlaufen. Es werden auch zusätzlich zu den jetzt Beteiligten noch weitere MultiplikatorInnen geschult, die das dann noch in die Breite tragen können. Und selbstverständlich sind wir auch im Erarbeitungsprozess sehr daran interessiert, dass sich weitere Kommunen einbringen, die schon Lösungen entwickelt haben, die Ideen und Gedanken haben, welche man anderen Kommunen weitergeben könnte. Das heißt, wir sind für Ideen und Beispiele immer dankbar und wenn von Ihren Kommunen und Gemeinden Interesse besteht, sich mit einzubringen, verstehen wir uns als die MultiplikatorInnen für die europäische Ebene, um die Erfahrungen hier vor Ort nutzbar zu machen, aber auch für andere europäische Länder.

*Tina Bär ist Bildungsreferentin der Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg. [baer@boell-brandenburg.de](mailto:baer@boell-brandenburg.de), [www.boell-brandenburg.de](http://www.boell-brandenburg.de)*

## TeilnehmerInnen-Liste

<b>Name</b>	<b>Vorname</b>	<b>Organisation</b>
Abramowicz	Kathi	Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg
Aßmann	Karl-Heinz	Landkreis Barnim
Aust	Jan-Hendrik	FH Eberswalde, Nachwuchsforschung Erneuerbare Energien
Bär	Tina	Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg
Berg	Martin	Bürgermeister Stadt Vetschau/Spreewald
Boginski	Friedhelm	Bürgermeister Eberswalde
Bossdorf	Regina	
Braun	Horst	LA 21 Oranienburg
Busch	Peter	MIL Brandenburg
Choschzick	Gisbert	Landkreis Oberspreewald-Lausitz
Dietrich	Sven	Stadtverwaltung Fürstenwalde
Dr. Gerber	Ulrich	Amt Neustadt Dosse
Dr. Klett	Uwe	Gemeinde Fredersdorf-Vogelsdorf
Eichendorf	Tina	Amt für Wirtschaftsförderung und Tourismus Eberswalde
Filor	Manfred	Stadt Storkow
Giglmaier	Sandra	
Gleisenstein	Jörg	B 90/Grüne KV FFO
Grebe	Hartmut	Virtu-Consult
Helwig	Nadine	Verband kommunaler Unternehmen
Hildebrandt	Frank	Verbraucherzentrale Brandenburg
Prof. Dr. Ibisch	Pierre	Fachhochschule Eberswalde
Ihrke	Bodo	Landrat Barnim
Janssen	Ulrike	Klima-Bündnis
Jülg	Dominik	Regionalmanagement Oder-Spree
Junglaus	Michael	MdL Brandenburg
Kalmutzke	Marco	Stadt Zehdenick
Kist	Klaus	Deutscher Städtetag
Kleinteich	Thorsten	B 90/Grüne LK Barnim
Lehmann	Anke	Amtsleiterin Bauamt Vetschau
Lemme	Jens	E.I.C.H.E. e.V.
Lieske	Danilo	Amt Lindow (Mark)

Lippert	Cordine	Stadtverwaltung der Landeshauptstadt Potsdam
Martens	Michael	
Mier	Claudia	B.B.S.M. mbH
Müller-Zinsius	Horst	PRO POTSDAM GmbH
Neumann	Katrin	Stadt Lychen
Niether	Gabirele	Gemeinde Neuenhagen bei Berlin
Oed	Karl-Heinz	Bauamt Michendorf
Dr. Othmer	Jürgen	Projektbüro Lübbenaubücke
Pfeiffer	Uwe	Stadtverwaltung Mittenwalde
Puchmann	Gudrun	Gemeindeverwaltung Letschin
Roch	Jürgen	Stadtverwaltung Fürstenwalde
Rostock	Clemens	B 90/Grüne
Schaefer	Markus	Architekt
Schmeja	Tobias	Ernst Basler & Partner GmbH
Schulzky	Dietrich	Forstsenioren
Seidn	Rudolf	
Staiger	Dorothea	B 90/Grüne
Stolzenberg	Ulrich	Bauamt Stadt Kremmen
Stordfur	Britt	LK Uckermark
Strehl	Dietmar	SVV Falkensee B 90/Grüne
Taschner	Stefan	Haus der Demokratie und Menschenrechte
Thuncke	Inka	Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg
Vogel	Axel	MdL Brandenburg
Walter	Andreas	B 90/Die Grünen
Wehrhahn	Gunnar	sol•id•ar Architekten Ingenieure
Wenzel	Sarah	Landesumweltamt Brandenburg, GR 3
Wernecke	Herbert	
Wiesner	Hennign	Stadt Schwedt
Wunderlich	Claus	Stadtverwaltung Strausberg
Zschiesche	Michael	Unabhängiges Institut für Umweltfragen

## Programm

- 9:30           **Eröffnung**  
Pierre Ibisch, Fachhochschule Eberswalde
- Grußworte**  
Bodo Ihrke, Landrat Barnim  
Peter Busch, MIL Brandenburg  
Friedhelm Boginski, Bürgermeister Eberswalde
- 10:00           **Klimaschutz in Kommunen – Rückblicke und Ausblicke**  
Ulrike Janssen, Klima-Bündnis
- 10:45           **Die Partizipative Kommune – eine wichtige Strategie für kommunalen Klimaschutz**  
Michael Zschesche, Unabhängiges Institut für Umweltfragen
- 11:30           ***Impulse für kommunale Handlungsoptionen***
- Kommunale Energiewirtschaft**  
Nadine Helwig, Verband kommunaler Unternehmen
- Kommunales Gebäudemanagement**  
Klaus Kist, Deutscher Städtetag
- 12:30           Mittagspause
- 13:30           ***Aktiv für Klimaschutz – Praxisbeispiele Brandenburg***
- Null-Emissionslandkreis Barnim**  
Karl-Heinz Aßmann, Landkreis Barnim
- Regionales Energiekonzept Spreewalddreieck**  
Jürgen Othmer, Projektbüro Lübbenaubrücke
- 14:30           **Diskussion: Kommunaler Klimaschutz in Brandenburg**
- 15:30           **Das Projekt BEAM 21 – Kompetenzen für kommunalen Klimaschutz**  
Christoph Nowicki, Fachhochschule Eberswalde  
Tina Bär, Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg
- 16:00           Ende der Tagung







